Sonntag, 8. Juli 1923. **Einzelnummer 500 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 151

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 9500.—
in den Ausgabestellen 9700.—
durch Zeitungsboten 10000.—
am Postamt ..... 10000.—
ins Ausland 15 000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 300.— M. Reklameteil 1000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 300.— p. M, „ Reklameteil 1000.— p. M in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Wochenschau für Polen.

Die neue Regierung hat es verstanden, der polnischen Politik in der Zeit ihres Bestehens einen ganz neuen Stempel aufzudrücken. Sowohl im Innern wie im Äußern sind eine bedeutende Anzahl von Veränderungen und neuen Erscheinungen zu verzeichnen. Ob es sich dabei immer um Verbesserungen handelt, ist recht zweifelhaft, zum mindesten Ansichtssache. In einigen Punkten freilich ist es kaum möglich, sich aller Bedenken zu enthalten, und selbst aus den Kreisen der Parteien, die die neue Regierung stützen, ist gegen einzelne ihrer Mitglieder scharfe Kritik geübt worden, die in zwei Fällen zum Rücktritt von Ministern geführt hat. Der Finanzminister Grabski und der Arbeitsminister Darowski sind seit der Veröffentlichung des letzten Wochenberichtes aus der Regierung ausgeschieden. Jener wegen des ungeheuren Marksturzes, dieser wegen des Eisenbahnerstreiks in Ostgalizien.

Władysław Grabski war der Schöpfer der polnischen Mark, die er an Stelle der Währungen der drei Teilungsmächte setzte. Bald nach dieser Schöpfung zog er sich zurück und überließ die Mark ihrem ungewissen Schicksal. Als er im Kabinett Sikorski von neuem den Finanzministerposten annahm, war das Vertrauen zur Mark schon tief gesunken, ganz dem Vermerk auf den polnischen Geldscheinen entsprechend, daß sie nur ein Umlaufmittel seien, dessen wahrer Wert später einmal vom Sejm festgesetzt werden sollte. Um eine feste Währung zu schaffen, führte Grabski die Złotyrechnung ein und gab hierdurch der Mark einen weiteren Stoß. Ein anderer Grund für die ungünstige Entwickelung der polnischen Valuta ist die Ruhrbesetzung. Man kann die Feststellung nicht umgehen, daß Frankreich, natürlich ohne es zu wollen, durch seine Ruhraktion die polnische Valuta in Grund und Boden ruiniert hat. Daneben wirkten noch andere Umstände mit. Grabski hatte energische Maßnahmen ergriffen, die jedenfalls ihre Wirkung noch getan hätten. Er reichte seinen Rücktritt ein, weil er nicht mehr das volle Vertrauen der Regierungsmehrheit besaß. Er wirft ihr nicht genügendes Verständnis und nicht hinreichende Unterstützung vor, und stellt fest, daß er auch in allgemeinpolitischer Hinsicht mit dem gegenwärtigen Kabinett nicht ganz übereinstimme. Der Nachfolger Grabskis, Hubert Linde, bisher Direktor der Postsparkasse, scheint ein tüchtiger Finanzmann zu sein. Daß die Mark in der vergangenen Woche auf einen Kurs von 104 000 für den Dollar stabilisiert war und sich letzthin etwas besserte, ist natürlich vor allem den Maßregeln seines Vorgängers zuzuschreiben. Durch die Stabilisierung der Mark ist leider die gewaltige Preissteigerung nicht aufgehalten worden, die die Bevölkerung in eine sehr schwierige Lage bringt. Es springt in die Augen, daß die kühnen Versprechungen des nationalen Volksverbandes und die Auschuldigungen gegen die angeblich unfähigen Linksregierungen in wirtschaftlicher Hinsicht sich nicht im geringsten bestätigt haben, sondern im Gegenteil, daß seit dem Antritt der neuen Regierung die Wirtschaftslage viel schlimmer geworden ist. Ein Teil der Ursachen ist freilich im Auslande zu suchen, so z. B. im Sturz der deutschen Mark infolge der Ruhrbesetzung. Wenn die Wirtschaftslage sich nicht bald bessert und die Preise weiter steigen sollten, so dürfte die Unzufriedenheit des Volkes möglicherweise weittragende politische Folgen nach sich ziehen.

Infolge des Mangels an Erfolgen der neuen Regierung regt sich die Opposition immer stärker. Eine gewaltige Gestalt, ein Pole von ungewöhnlichem Format, zeigt sich wieder am politischen Horizont. Es ist Marschall Piłsudski, das erste Staatsoberhaupt der polnischen Republik, der nach einem halben Jahr der Zurückgezogenheit jetzt wieder als ein für die Rechte unheildrohendes Zeichen am politischen Himmel emporsteigt. Nach Antritt der neuen Regierung zog Piłsudski die Konsequenzen und reichte seinen Rücktritt aus den im Heere innegehabten Stellen als Generalstabschef und Vorsitzender des engeren Kriegsrates ein. Man wollte ihn zum Generalinspekteur des Heeres machen, er aber antwortete auf diesen Vorschlag mit einer derartig herben Kritik der neuen Regelung in der Heerführung, daß der Kriegsminister sich genötigt sah, ihn zum Duell zu fordern. Dies verlief, wie üblich, unblutig. Nachdem der Staatspräsident den Rücktritt Piłsudskis aus allen Heeresstellungen genehmigt hatte, fand ein Festmahl im Himbeersaal des Hotels Bristol in Warschau statt, das alle Freunde und Anhänger Piłsudskis vereinigte und bei dem dieser eine höchst bedeutende und eigenartige Rede hielt, die eine scharfe Abrechnung mit seinen Feinden bedeutet. Er vergleicht seine Gegner mit häßlichen, tückischen Zwergen, die ihn während seiner ganzen Regierungszeit umlauert und mit Schmutz beworfen hätten. Er spricht diesen Kreisen die moralische Mitschuld an der Ermordung Narutowicz's zu und erklärt, daß er, nachdem diese Leute die Regierung angetreten hätten, nicht mehr eine Stelle im polnischen Heere einnehmen konnte, da es mit seinem Gewissen nicht vereinbar sei, diese Leute zu beschützen. Die Anhänger Piłsudskis haben aus dieser kühnen und selbstbewußten Rede neue Hoffnungen geschöpft. Bei jenem Festmahle und nachher in der Linkspresse wurde vielfach der Gedanke und der Wunsch ausgesprochen, daß Piłsudski wieder ins politische Leben eintreten würde. Wenn auch der Marschall selbst dies zunächst keineswegs beabsichtigt, und am Schlusse der Rede deutlich sein Verlangen nach Ruhe ausspricht, so können doch leicht angesichts der gegenwärtigen Lage Ereignisse eintreten, die zu einem Eingreifen dieses großen Mannes führen. Indessen soll die Möglichkeit nicht abgeleugnet werden, daß es der neuen Regierung mit der Zeit doch gelingt, die Lage zu bessern und sich dadurch am Ruder zu erhalten. Vorläufig sind allerdings die Aussichten in dieser Richtung sehr gering.

Auch in der Außenpolitik ging die Entwickelung weiter. Das rumänische Königspaar hat Polen verlassen und der rumänische Außenminister hat Lobeshymnen auf das polnisch-rumänische Bündnis gesungen und die Fortschritte Polens auf dem Gebiete der Organisation und Ausdehnung des Heeres anerkannt. Das Verhältnis mit der Tschechoslowakei bleibt äußerst gespannt. Der Traum von der neuen Ostliga ist von seiner Verwirklichung ferner als je. Polen wird an der Außenministerkonferenz der Kleinen Entente in Sinaja nicht teilnehmen. Es zeigt sich, daß die Bemühungen der Generäle Foch und Lerond, Polen enger an die Kleine Entente anzuschließen und all diese Staaten zur weiteren Einkreisung Deutschlands zu gebrauchen, vollkommen gescheitert sind.

Minister Seyda hat kürzlich gegenüber einem Schweizer Korrespondenten Äußerungen getan, die bedeutend gemäßigter klingen als seine Reden in den Kommissionen. Er erklärt, daß Polen auch gegenüber Deutschland eine aufrichtig friedliche Stimmung hege. Was das Ruhrgebiet anbetreffe, so sei Polen weit entfernt, in die Ereignisse eingreifen zu wollen, wozu es in keiner Hinsicht berufen ist. Man sieht also ein gewisses Einlenken Seydas. Dies tritt auch in der Einstellung der Ausweisungen zutage, über die leider die polnische Presse in Posen ein großes Wehgeschrei erhob. Ein Blatt stellte diese im Interesse des Nationalitätenfriedens so warm zu begrüßende Maßnahme als einen schweren diplomatischen Mißgriff Seydas neben die Affäre mit der Tschechoslowakei. Das Verhältnis der Regierung zu Deutschland dürfte übrigens auch dadurch gebessert werden, daß Dr. Kazimir Olszowski, einer der tüchtigsten polnischen Diplomaten, der bisher die Dresdener Verhandlungen mit Deutschland führte, zum Gesandten in Berlin ernannt wurde. Die Dresdener Verhandlungen sind während der Sommerferien, das heißt bis Ende August, vertagt worden.

Der polnische Gesandte in Madrid, Graf Orlowski, mußte zurücktreten, weil der König von Spanien sehr ungehalten war, daß ein Teil der riesigen Besitzungen seines Verwandten, des österreichischen Erzherzogs Karl Stephan, vom polnischen Staate beschlagnahmt wurde. Auf diesen Unwillen der Spanier führt man es auch zurück, daß der spanische Sachverständige in der Frage der Delbrückschächte in Oberschlesien für Polen ungünstig entschied. Ob dies den Tatsachen entspricht, muß dahingestellt bleiben.

Ob die Nachricht deutscher und Danziger Blätter, daß im Ruhrgebiet ein polnischer Staatsangehöriger, der aus Kongreßpolen stammende Bestak, von einem belgischen Soldaten erschossen wurde, den Tatsachen entspricht, vermögen wir von hier aus nicht festzustellen. Es ist, im Falle sich diese Nachricht bestätigt, wohl nicht anzunehmen, daß sich daraus ernstere Verwickelungen ergeben, denn Belgien dürfte dem befreundeten Polen sicherlich jede gewünschte Genugtuung und Garantien geben, daß sich derartige Vorfälle in Zukunft nicht wiederholen.

*

Berichtigung.

Leider haben sich in der gestrigen Nummer (Nr. 150) auf der ersten Seite zwei sinnentstellende Druckfehler eingeschlichen. Im Leitartikel, zweiter Absatz, Zeile 4 von unten, muß es statt „Schandpreisen" heißen: „Schleuderpreisen" und in dem Artikel „Die Rede Piłsudskis im Himbeersaal" nicht: „seines Vorgängers Narutowicz" sondern natürlich: „seines Nachfolgers Narutowicz."

Erschwerung des Verkehrs mit Deutschland.

Ein deutsches Visum in Warschau 900 000 M.?

Das deutsche Konsulat in Warschau hat nach der „Ag. Wsch." die Visengebühr von 285 000 auf 900 000 deutsche Mark erhöht.

Fortdauer der Einschränkung der Auslandsreisen.

Die „Gazeta Poranna" erfährt, daß die bisherigen Maßnahmen über die Einschränkung der Genehmigung für Auslandsreisen beibehalten werden.

Vertagung der Liquidationsfrage im Völkerbundsrat.

In der Mittwochsitzung des Völkerbundsrats wurde über die Angelegenheit des 4. Artikels des polnischen Minderheitenvertrages beraten, die von dem brasilianischen Gesandten in London Da Gama vorgebracht worden war. Auf die Frage Brantings, **ob die polnische Regierung die Liquidierung des Eigentums aller jener Personen, deren polnische Staatsangehörigkeit von der polnischen Regierung beanstandet wird, nicht bis zur Beendigung der Dresdener Verhandlungen aufschieben möchte,** erwiderte der polnische Delegierte Modrzelewski auf das entschiedenste, **daß dies unmöglich sei, weil es im Widerspruch mit den Grundsätzen der Souveränität des polnischen Staates stehe.**

Nach längerer Aussprache, während der der französische Delegierte Hanotaux den Standpunkt des polnischen Delegierten unterstützte, beschloß der Völkerbundsrat, die weiteren Verhandlungen in dieser Angelegenheit zu vertagen.

Das Amnestiegesetz.

Gegenstand des Gesetzes.

Artikel 1 des Gesetzes stellt fest, daß zur Feier der Anerkennung der Ostgrenzen der Republik denjenigen, die ein Vergehen begangen, sich eines Vergehens mitschuldig gemacht oder an der Begehung des Vergehens teilgenommen haben, auf Grund der im Gesetz ausgeführten Bestimmungen eine Amnestie gewährt wird, und zwar für Vergehen, die **bis zum 30. März 1923** begangen wurden, ohne Rücksicht darauf, ob die Strafe erst nach dem Termin verhängt wurde.

Im Artikel 2 heißt es, daß die Amnestie Vergehen umfaßt, für die die **Strafgerichte**, sowohl die gewöhnlichen als auch die militärischen, sowie die **Verwaltungsbehörden** zuständig sind.

Was der Amnestie nicht unterliegt.

Nach Artikel 3 findet die Amnestie keine Anwendung auf folgende Vergehen, für die die allgemeinen und die Militärgerichte zuständig sind:

a) **Spionage** oder eine andere strafbare Handlung zum Schaden des polnischen Staates und zugunsten einer fremden Macht bzw. eine im Einverständnis mit einer anderen Person im Interesse einer fremden Macht begangene Handlung;

b) Vergehen, durch die das Streben **bekundet** wird, **kommunistische Grundsätze** zu verbreiten, oder die Einführung des kommunistischen Systems in Polen zu erleichtern, sofern der Täter zur Zeit der Begehung der Tat das 17. Lebensjahr vollendet hat;

c) **wissentlich falsche Beschuldigungen bei den ehemaligen Okkupationsmächten oder bei anderen fremden Staaten** wegen Vergehen, die zum Schaden dieser Staaten oder ihrer Waffengewalt begangen wurden bzw. wegen einer unfreundlichen Haltung gegenüber diesen Staaten;

d) **absichtliche Tötung eines Menschen,** schwere Körperverletzung oder Schädigung der menschlichen Gesundheit;

e) **Banditentum** bzw. Raub;

f) **Fälschung** von Geld- und **Kreditpapieren;**

g) **Verleitung zur Unzucht** und andere Vergehen, um aus der Unzucht einer anderen Person Gewinn zu ziehen;

h) **Übertretung der Vorschriften über die Regelung des Geldverkehrs mit dem Auslande** sowie des Verkehrs mit anderen Valuten und der Schmuggel von **Gegenständen** nach dem Auslande, deren Ausfuhr verboten ist;

i) **wucherische Ausbeutung;**

j) **geheime Spiritusbrennereien;**

k) **Vergehen gegen finanzielle Angelegenheiten betreffende Strafgesetze;**

l) **Desertion** und andere Militärdienstentziehungen, wenn der Täter zu diesem Zwecke die Grenze überschritt oder sich zu diesem Zwecke im Auslande aufhielt. Diese Bestimmung betrifft jedoch nicht die Vergehen, die vor dem 15. März 1923 von Personen nichtpolnischer Nationalität begangen wurden, die aus dem Bezirk des Appellationsgerichts in Lemberg stammen, sofern sie vor Ablauf eines Monats nach Veröffentlichung dieses Gesetzes verhaftet werden oder sich der zuständigen Behörde zur Erfüllung der Militärdienstpflicht zur Disposition melden;

m) **Vergehen, die aus Gewinnsucht begangen wurden:**

1. Vor Ablauf von 5 Jahren nach Verurteilung für ein anderes Vergehen, das aus denselben Beweggründen begangen wurde;
2. von Personen, die sich gewohnheitsmäßig verbrecherisch betätigen.

Diese Bestimmungen betreffen nicht Vergehen, die aus Not begangen worden sind.

n) **Vergehen, die von Personen** begangen wurden, **die einem fremden Staate** auf Grund eines Vertrages über Herausgabe oder gegenseitigen Austausch **ausgeliefert wurden** oder von Personen, die vor Veröffentlichung des Gesetzes ihre Zustimmung zu einer solchen Auslieferung erklärt haben.

Die Amnestie betrifft nicht Vergehen, die im Sinne des **Wuchergesetzes** einer Verwaltungsstrafe unterliegen, sowie auch nicht Angelegenheiten, für die **Finanzverwaltungsbehörden und Straffinanzgerichte zuständig** sind, sowie auch nicht **Disziplinarstrafen für Dienstvergehen** mit Ausnahme eines Verweises. Ausgeschlossen sind ferner **Ordnungs- und Disziplinarstrafen von Militärpersonen,** die in den Militärvorschriften vorgesehen sind.

Achtung!

Wir machen darauf aufmerksam, daß sämtliche deutschen Blätter Polens, die uns bisher zu Gesichte kamen, den Absatz c) des Art. 3 des Amnestiegesetzes **in einer vollkommen sinnentstellenden Uebersetzung bringen,** indem sie schreiben: „wissentlich falsche Beschuldigung der ehemaligen Okkupationsmächte" usw. und nachher: „bzw. eine unfreundliche Haltung" usw. Der Fehler liegt in der Nichtübersetzung der Präposition „przed", vor den ehem. Besetzungsmächten usw. Der Sinn dieser Ausnahmebestimmung wird durch die Weglassung dieses Wörtchens in sein Gegenteil verkehrt. Um Mißverständnissen und Täuschungen **vorzubeugen, sei dies hier bemerkt.** (Die Schriftl. des „Pos. Tagebl.")

Seydas Schwanengesang?

Am Freitag ist Minister Seyda mit Vizeminister Straßburger und dem polnischen Gesandten bei der lettischen Regierung, Jodko-Narkiewicz, nach Riga zur Konferenz der Baltenstaaten abgereist. Vor seiner Abreise gewährte Minister Seyda einem Mitarbeiter des „Journal de Pologne" eine Unterredung, in der er unter anderem folgendes sagte: „Gegenstand der Rigaer Beratungen werden vor allem die aktuellen internationalen Probleme sein, die sich auf der Tagesordnung der nächsten Generalversammlung des Völkerbundes befinden. Ferner sollen die Wirtschaftsfragen, die für die weitere Entwicklung der polnisch-baltischen Beziehungen eine große Wirkung haben, erörtert werden. Polen wird noch in diesem Monat Handelsberatungen mit Finnland einleiten. Es ist zu erwarten, daß bald nach diesen Verhandlungen ebensolche mit Estland und Lettland eingeleitet werden."

Der „Przegl. Por." schreibt, man sage, daß diese Auslassungen des Ministers Seyda seinen Schwanengesang bedeuten, da Seyda im Zusammenhang mit der polnischen Niederlage im Völkerbund bezüglich Danzigs, so schreibt der „Przegl. Por.", nach seiner Rückkehr aus Riga **zurücktreten und Roman Dmowski Platz machen soll**

Senat.

In der Freitag-Sitzung des Senats wurde nach dem Referat des Senators Buzek von der polnischen Volkspartei das Gesetz über die lebenslängliche Ehrenbesoldung früherer Staatspräsidenten unverändert angenommen.

Bei der Erörterung des Amnestiegesetzes beantragte der Senator Posner von den Sozialisten die Streichung des Stelle, wo es heißt, daß die Amnestie sich nicht auf die Vergehen erstreckt, die das Bestreben zutage treten lassen, kommunistische Grundsätze zu verbreiten. Der Antrag wurde vom Senator Nowicki (Wyzwoleniegruppe) unterstützt, bei der Abstimmung jedoch abgelehnt und das Gesetz unverändert angenommen.

Nach dem Referat des Senators Bartoszewicz vom Nationalen Volksverband wurde das Gesetz über die Ratifizierung des Dresdener Vertrages vom 2. Mai 1923 angenommen, der die Verlängerung des Termins für den zollfreien Transport von Rohstoffen und Halbfakrikaten von einem Teil Oberschlesiens nach dem anderen betrifft.

Senator Szułdrzyński von den Christlich-Nationalen referierte das Gesetz über die Ausdehnung der Rechtsvorschriften für Arbeitsunfälle und die damit verbundenen Begleiterscheinungen auf Ausländer. Das Gesetz wurde mit der eingebrachten Resolution angenommen.

Bei der Erörterung des Gesetzentwurfes über die Erhebung einer Walddanina für Zwecke des Wiederaufbaus stellte Senator Buzek den Antrag, dem Sejm Änderungen des Gesetzes anzusagen. Schließlich wurde nach eingehender Aussprache das Gesetz unverändert angenommen.

Zum Schluß lief noch eine Interpellation des Senators Adamski über die Bekämpfung von Duellen ein. Die nächste Sitzung des Senats findet am 8. August statt.

Senatskommission für Aeußeres.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

In der Außenkommission des Senats wurde mit Spannung die angekündigte Rede des Außenministers Seyda erwartet. Seyda gab jedoch nur vertrauliche Erklärungen ab. Es handelte sich darum, zu beraten, wie man die in der Tschechoslowakei lebenden Polen schützen könne. Es wurde zu diesem Behufe verlangt, daß der Minister ein Gesamtbild der Verhältnisse zur Tschechoslowakei gäbe, das bekanntlich in der letzten Zeit recht getrübt ist. Seyda sprach sich über die Außenpolitik Polens so optimistisch aus, daß ihm ein polnischer Senator entgegnete, seiner Ansicht nach habe sich die internationale Position Polens mehr verschlechtert als verbessert. Soviel wir hören, ging Seyda auf Einzelheiten, besonders auf den Notenwechsel über die groben Auslassungen des „Ceskie Slowo" überhaupt nicht ein. Senator Ringel von der jüdischen Gruppe erklärte, daß die Worte des „Ceskie Slowo" sehr bedauerlich seien, daß es Polen aber in seiner Hand habe, durch bessere Behandlung seiner Minderheiten derartige Ausfälle unmöglich zu machen.

Berichtigung: Darowski, dessen Rücktritt in dem Bericht „Zusammenbruch der Außenpolitik Seydas" angekündigt wurde, ist nicht, wie gemeldet wurde, Verkehrsminister, sondern Minister für Arbeit und soziale Fürsorge.

Die Bedeutung der interparlamentarischen Union.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.".)

Die polnische Sektion der Interparlamentarischen Union tagte, wie schon gemeldet, am Donnerstag. Zur Debatte stand die Frage, ob in der Union jedes einzelne Mitglied persönlich oder die polnische Gruppe nur geschlossen auftreten könne. Die Rechte war für erstere Auffassung, die Linke für die letztere, und als die Rechte siegte, lehnte Frau Kosmowska von der Wyzwolenie ihre Wahl in den Vorstand ab. Man einigte sich am Nachmittag auf eine Kompromißformel, wonach jedes einzelne Mitglied, ehe es in der Union auftrete, sich vorher mit der ganzen Delegation verständigen müsse. Senator Hasbach von der deutschen Gruppe war zuvor lebhaft dafür eingetreten, daß man jedem Mitglied, auch solchen von den Minderheiten, den Takt zutrauen müsse, daß es keine für Polen schädlichen Dinge sage, mit denen es sich nur selbst kompromittiere. Deutscher Delegierter ist Naumann. Die Ukrainer sind nicht vertreten, da sie fürchten, doch nicht zum Wort zu kommen. Dennoch ist es von größter Wichtigkeit, daß die Minderheiten vor dem großen Forum, das die interparlamentarische Konferenz darstellt, ebenfalls erscheinen können.

Finanzminister Linde über den Valutasturz.

Ein Vertreter des „Goniec Krakowski" hat vor einigen Tagen die hervorragendsten Finanzgrößen Polens, unter anderen den jetzigen Finanzminister Linde, über die Frage des Sturzes der polnischen Mark interviewt. Linde hat dabei folgendes erklärt:

Der Hauptgrund des Sinkens der polnischen Mark liegt im Mangel eines Gleichgewichts im Budget. Die Theorie weist nach, daß, so lange ein Staat seine Ausgaben aus den Einnahmen nicht deckt, seine Valuta sich nicht stabilisieren kann. Als Nebengründe sieht er die allzu große, schwer zu lösende Abhängigkeit der polnischen Mark von der deutschen Mark und die überwuchernde Valutaspekulation in Polen an. Dies seien wohl Faktoren geringeren Grades, trotzdem üben sie aber auf die geschwächte polnische Valuta einen schädlichen Einfluß aus. Die Verminderung des Papiergelddrucks kann grundsätzlich die polnische Mark stabilisieren.

Das Sinken der Mark und die steigende Inflation hat einen sehr verderblichen Einfluß auf das wirtschaftliche Leben Polens. Der Mangel an Betriebskapital und infolgedessen die Verteuerung des Kredits beschleunigt noch das Sinken der polnischen Mark. Dieser Faktor kann aber vollständig durch eine gute Organisation der Technik des Geldumlaufs und des Industriekredits beseitigt werden. Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß das gegenwärtige immense Sinken der polnischen Mark nur teilweise durch die neuen Emissionen begründet, hauptsächlich aber die Folge von vorübergehenden Erscheinungen ist, wie die Abhängigkeit von der deutschen Mark und die Valutaspekulation. Ein Gegenmittel, das aber nur von der Bevölkerung angewendet werden kann, ist die Hebung des geldlosen Verkehrs. Deshalb müßte das Scheckgesetz baldmöglichst erledigt werden.

Gerüchte vom Rücktritt des neuen Finanzministers.

In Senatskreisen hatte sich am Freitag das Gerücht vom Rücktritt des neuen Finanzministers Linde verbreitet. Auf des Finanzministers Wunsch, der in der Finanzkonferenz in Spała kein ordentliches Programm vorlegen konnte, wurde die Sitzung des Finanzausschusses auf den 10. Juli vertagt. Im Zusammenhang mit dem Gerücht ist auch schon ein neuer Kandidat genannt worden, und zwar Dr. Benis aus Krakau, früher Sekretär der Handelskammer. In den Nachmittagsstunden haben Regierungskreise die Meldung von dem Rücktritt Lindes dementiert. Das Dementi ist jedoch, wie der „Przegląd Poranny" erfährt, nur deshalb herbeigeführt worden, weil ein Kandidat für die Übernahme des schwierigen Finanzministerpostens fehlt. Selbst die Kandidatur von Dr. Benis wird nicht ernst genommen.

Nach einer späteren Meldung des „Przegląd Wieczorny" wird Linde tatsächlich auf seinem Posten bleiben. Angeblich soll zwischen allen Kabinettsmitgliedern völlige Einigkeit in allen finanziellen Fragen herrschen.

Eine falsche Meldung des „Kurjer Poznański".

Der „Kurjer Poznański" schreibt in seiner letzten Nummer (Nr. 151) unter der Überschrift „Falsche Meldung" folgendes: Am 28. Juni wurde im „Posener Tageblatt" die angeblich „aus glaubwürdiger Quelle" stammende Meldung veröffentlicht, daß Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung dazu geführt hätten, daß die Ausweisungen aus Polen, soweit sie noch nicht zur Durchführung gelangt seien, nicht vollstreckt zu werden brauchten. Wir haben diese Meldung nicht veröffentlicht, weil wir vor ihrer Bestätigung die Bevölkerung nicht beunruhigen wollten. Jetzt erfahren wir von maßgebender Seite, daß die Meldung von Anfang bis zu Ende falsch ist. Die polnische Regierung wird wie bisher so auch in Zukunft auf jede Ausweisung eines polnischen Bürgers aus Deutschland mit der Ausweisung eines (!) deutschen Bürgers aus Polen antworten. —

(Der letzte Satz enthält nicht den geringsten logischen oder tatsächlichen Widerspruch zu der Meldung des „Posener Tageblattes" vom 28. Juni, welche besagte, daß Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung dazu geführt hätten, daß die Ausweisungen, **soweit sie noch nicht zur Durchführung gelangt sind, nicht vollstreckt zu werden brauchen.** Als selbstverständlich ist dabei doch wohl anzunehmen, daß Deutschland irgend welche Konzessionen gemacht hat, deren Folge die Einstellung der Ausweisungen aus Polen ist. Daß die Ausweisungen jederzeit wieder aufgenommen werden können, das ist wirklich keine besondere Offenbarung für jeden, der die Verhältnisse kennt. Die Behauptung, daß die Meldung des „Posener Tageblattes" „von Anfang bis zu Ende falsch" sei, ist für die Logik offenbar ein Schlag ins Gesicht. Jedenfalls entsprach unsere Meldung den Tatsachen. Die Schriftleitung des „Posener Tageblattes".

Republik Polen.

Olszowski in Berlin.

Der neue polnische Gesandte in Berlin, Minister Olszowski, hat nach Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens im diplomatischen Korps eine Reihe von Besuchen abgestattet. Es machten ihm Gegenbesuche der päpstliche Nuntius Pacelli, der französische Botschafter de Marguerie und der japanische Botschafter Hioko.

Audienz des polnischen Gesandten beim Papst.

Der Papst empfing am Freitag den polnischen Gesandten Skrzyński. Die Audienz dauerte eine Stunde.

Polen und die Tschechoslowakei.

Der polnische Geschäftsführer in Prag, Herr Karl Bader, traf in Warschau ein, um eine Konferenz mit dem Minister Seyda über die polnisch-tschechischen Beziehungen abzuhalten.

Diplomatische Privilegien für Mitglieder des gemischten Schiedsgerichts.

Der „Monitor Polski" bringt eine Bekanntmachung des Außenministers vom 26. Juli folgenden Inhalts: Im Zusammenhang mit der Ausführung der Bestimmungen des zwischen den assoziierten und alliierten Staaten einerseits und Deutschland andrerseits in Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrages, betreffend den gemischten Schiedsgerichtshof (Artikel 304), und angesichts der in dieser Hinsicht von der deutschen Reichsregierung gesicherten Gegenseitigkeit, wird festgestellt, daß den nichtpolnischen Mitgliedern, Sekretären und Funktionären des deutsch-polnischen gemischten Schiedsgerichtshofes, sowie den an diesen teilnehmenden Repräsentanten des deutschen Staates, ihren Hilfsbeamten und Funktionären diplomatische Privilegien und Befreiungen zustehen.

Großreinemachen im Kriegsministerium.

Verschiedene polnische Blätter melden, daß in einigen leitenden Stellen im Kriegsministerium und im Generalstab Personalwechsel eintreten soll. Unter anderem soll General Krzemieński, der Chef der Militärgerichtsbarkeit, sowie seine beiden Stellvertreter, Oberstleutnant Matuszewski, Chef der Abteilung II des Generalstabs, und Oberst Sciezyński sowie Major Sławirowski zurücktreten. Der „Przegląd Poranny" schreibt dazu: „Das nennt sich „Entpiłsudskifierung" des Heeres. Die Endecja ist in einen Reorganisierungstumel verfallen. Nur wissen wir nicht, ob es zum Guten Polens ausschlagen wird."

Das geheimnisvolle Duell.

Die „Lodzer Freie Presse" meldet folgendes: „Von verschiedenen polnischen Blättern wurde eine Meldung verbreitet, der zufolge das Duell zwischen dem Kriegsminister General Szeptycki und dem Marschall Piłsudski bereits stattgefunden und unblutig verlaufen sei. **Diese Nachricht entspricht, wie wir erfahren, nicht den Tatsachen.**"

Der „Expreß Poranny" meldet, daß die Sekundanten des Generals Szeptycki und des Marschalls Piłsudski, die sich in dieser Woche duelliert haben sollen, an den Staatspräsidenten das Duellprotokoll eingereicht haben.

48prozentige Zulage für Juli für die Staatsbeamten

Der Ministerrat hat beschlossen, den Staatsfunktionären für den Monat Juli eine 48prozentige Ausgleichszulage auszahlen zu lassen. Der Ministerrat hat sich also an den vom Statistischen Ausschuß festgesetzten Teuerungsmultiplikator von 47,99 Prozent gehalten. Die Beamtengehälter sollen in Zukunft auf demselben Wege geregelt werden. Der Ministerrat hat gleichzeitig eine Beihilfe in Höhe von 48 Prozent für alle Personen beschlossen, die Emerituren und andere Beihilfen von seiten des Staates erhalten.

Belohnungen für Entdeckungen von Akzisevergehen.

Das Finanzministerium hat eine Verfügung ausgearbeitet, nach der in Zukunft Zivilpersonen oder Beamte, die zur Entdeckung von Akzisenvergehen beitragen, einen Preis in Höhe der ganzen Summe erhalten, auf die der Fiskus geschädigt worden ist. (Und was gewinnt der Staat dabei? D. Schriftl.)

Schulinspektorenkongreß.

Am Montag beginnt in Wejherowo ein Schulinspektorenkongreß, an dem ungefähr 150 Inspektoren teilnehmen werden, denen das Kultusministerium unter Vermittelung der Schulkuratoren einen zehntägigen Urlaub gewährt hat.

Zunehmen der Rückwanderung der Polen aus Amerika.

Aus einer Aufstellung des amerikanischen Konsulats geht hervor, daß die Rückwanderung von Polen, die aus Amerika gekommen sind, im Zunehmen begriffen ist. Von 8000 registrierten Emigranten haben 4000 bereits das Ausreisevisum erhalten.

Das Vermögenssteuergesetz.

Über das Vermögenssteuergesetz, das die Regierung einzubringen beabsichtigt, wird folgendes bekannt: Die Steuer, die zu den künftigen Haupteinnahmen des Staates gerechnet wird, hat den Charakter einer einmaligen Abgabe und soll in zwei Abschnitten vom 1. Juli des laufenden Jahres bis zum 31. Dezember 1925 in fünf Halbjahresraten auf Grund des Vermögenskatasters eingezogen werden. Die Steuer werden sowohl die physischen als auch die rechtlichen Personen zahlen müssen, wobei das steuerfreie Vermögensminimum 2000 Goldgulden und für jene, die nur dem eigenen Gebrauch dienende Mobilien besitzen, 5000 Goldgulden betragen wird. Gegenstand der Steuer werden alle Mobilien und Immobilien nach Abzug der darauf lastenden Schulden sein. Ihre Höhe wird 2 bis 10 Prozent vom Werte des Gegenstandes betragen. Bei Vermögen von 2000—3000 Goldgulden fängt die Steuer mit 2 Prozent an und steigt bis zu 10 Prozent bei Vermögen, die 10 Millionen Goldgulden übersteigen.

Neue ukrainische Partei.

In Łuck haben Beratungen von Ukrainern stattgefunden, die die Bildung einer neuen Partei zum Zwecke hatten. Den Vorsitz führte der Sejmabgeordnete Paszczuk. Aus Lemberg war eine ukrainische Delegation eingetroffen. Die Versammlung soll einen sehr stürmischen Verlauf gehabt haben. Bei der Wahl des Organisationsrates haben dem Vernehmen nach die ukrainisch-galizischen Radikalen die Oberhand gewonnen.

Aus der polnischen Presse.

Die Heilungsperiode.

Die „Gazeta Warszawska" veröffentlicht einen Leitartikel, der den Titel „Die Heilungsperiode" trägt. Das Blatt betont, daß jeder Staat, der eine gründliche Besserung aller angehäuften Unzulänglichkeiten in Angriff nehme, eine solche Krise durchmachen müsse, wie sie jetzt Polen durchmacht. Die „Gazeta Warschawska" gibt weiter einen Überblick über alle Gebiete der Staatsverwaltung. Zur Finanzkrise schreibt das Blatt, daß der Übergang von der bisherigen Politik plötzlicher Effekte zur Methode der systematischen Heilung des Staates gewisse Erschütterungen hervorrufen mußte. Bezüglich der Außenpolitik betont das Organ der Nationaldemokraten die Verständigung Polens mit der Tschechoslowakei eine mannhafte Politik gegenüber Danzig und das Aufgeben aller Halbheiten und Aufschube. Die gegenwärtige Regierung sei am weitesten davon entfernt, die öffentliche Meinung mit der leichten Speise der Demagogie und der Versprechungen zu speisen. Wer den Mut habe, an grundlegende Reformen heranzugehen, der müsse auch den Mut haben, die schwierige Heilungsperiode durchzumachen.

Die Hoffnung auf Piłsudski.

Der „Robotnik" schreibt: „Die Rede Piłsudskis, deren Gedankentiefe und deren treffende Beobachtung und glänzende Umschreibungen eine oberflächliche Zusammenfassung nicht wiederzugeben vermag, hat ungeheuren Eindruck gemacht. Wir werden noch mehrmals auf sie zurückkommen. Vorläufig betonen wir nur, daß sie ein historisches Dokument von großer Bedeutung bilden wird und gegenwärtig ein weittragendes politisches Ereignis ist. — In Gesprächen verlief nach der Rede die Zeit bis zur späten Nacht und unter dem Zauber, der von den Worten des großen Polen ausging, trennte man sich in der Überzeugung, daß die Pause in seiner Arbeit in leitender Staatsstellung nicht lange dauern werde."

Der „Kurjer Poranny" betont, daß hier ein freier Bürger jener Verbitterung Ausdruck verliehen hat, mit der ihn seine Erfahrungen erfüllt hätten, und daß seine kraftvolle Rede durch den Schwung seines Ausdrucks einen erschütternden Eindruck gemacht habe. Die Teilnehmer des Banketts, die um den Marschall versammelt waren, der lebhaft und heiter mit ihnen sprach, verbrachten noch eine angenehme Stunde im herzlichen Beisammensein mit dem Trefflichsten der Volksgenossen. Man hat den Marschall Piłsudski, trotz seines Rechtes auf Ruhe, nach der er sich sehnt, sich an die Spitze der Lebenskräfte der Nation zu stellen. Hoffen wir, daß sein großes Herz sich den Bitten trotz allem, was er erfahren hat, nicht verschließen wird.

„Kurjer Polski": „Die Rede, die mit dem Ausdruck der Sehnsucht nach Ruhe endete, klang im wesentlichen wie ein Weckruf zu einem großen politischen Kampf. Ihre Schärfe und Bitterkeit sind selbst eine bessere Begründung seines Ausscheidens aus dem Heere, als das angeführte konkrete Argument, das gewiß die Wirklichkeitsprobe nicht aushalten würde. In dem Augenblick, als der Generalstabschef des polnischen Heeres aus politischen Gründen eine Zusammenarbeit mit der gegenwärtigen Regierung als unmöglich erkannte, war seine Demission das einzige Mittel, das Heer davor zu schützen, mit der Alltagspolitik und ihren Konflikten, Kämpfen und Leidenschaftlichkeiten in Fühlung zu treten."

Neues englisches Reparationsprogramm.

Aus Paris wird gemeldet, daß England ein neues wirtschaftliches und politisches Projekt in der Entschädigungsfrage vorlegen will. England will darin den Deutschen eine bequeme Form der Schuldenabzahlung vorschlagen und für sich 3 Milliarden Goldmark, für Frankreich 26 Milliarden, sowie einige Milliarden für den Aufbau der zerstörten Gebiete und zur Deckung der Kosten für die Unterhaltung der Arbeitslosen (?) fordern.

Die französische Verstimmung gegen England.

Die Pariser Blätter werden nicht müde, auf die großen Schwierigkeiten hinzuweisen, die zwischen England und Frankreich beständen. Sie betonen aber nicht minder deutlich, daß Frankreich unmöglich nachgeben könne und wolle. Wie das „Echo de Paris" ausführt, könne Frankreich nicht mehr tun als wiederholen, daß es keine Eroberungsabsichten hege, es sei aber gerade jetzt ganz unmöglich, schon einen bestimmten Zeitpunkt für die Räumung des Ruhrgebietes festzusetzen. Erst müsse der passive Widerstand aufhören. Der passive Widerstand und nicht die Besetzung der Ruhr lähme die wirtschaftliche Kraft Deutschlands.

Wenn man die Pariser Blätter liest, begreift man sehr wohl, daß England auf einer schriftlichen Beantwortung seiner Anfragen bestehen muß, und die Drohung bezüglich eines gesonderten Vorgehens Englands ist es, die in Paris so außerordentlich verschnupft. Nicht als ob man an die Durchführung dieser Drohung glaubt, sondern **weil die französische Eigenliebe dadurch so schwer verletzt wird.** Deshalb auch die ewigen Wiederholungen beispielsweise des „Avenir", Frankreich werde sich nicht einschüchtern lassen, und des „Journal", Poincaré habe in etwa fünfhundert Reden deutlich genug ausgesprochen, daß Frankreich nicht nachgeben werde und daß es sein Ziel auch ohne fremde Hilfe erreiche. Der Standpunkt Frankreichs sei und bleibe unveränderlich, und der französische und der belgische Botschafter in London haben unzweideutig die Anweisung erhalten, daran festzuhalten und nicht im geringsten davon abzuweichen.

Um die Welt über die wahren Absichten Frankreichs hinwegzutäuschen, dreht der „Matin" heute den Spieß um und behauptet, England sei unversöhnlich, es wolle nach seinem neuen Reparationsplan von Deutschland nicht nur Bezahlung seiner eigenen Kriegsschulden, sondern auch noch von Frankreich. Ein neuerlich vorliegender Plan deutsch-englischer Zusammenarbeit erhöhe diese England zukommende Summe noch um ein Beträchtliches. England, so schreibt das Blatt, hat einen großen, zugleich **wirtschaftlichen und politischen Plan.** Wirtschaftlich will es von Deutschland die gesamten Annuitäten verlangen, die es angeblich bezahlen müsse, d. h. eine Summe, die um drei Milliarden Goldmark höher ist als der englische Anteil an den Schatzbonds der Serien A und B. Auch will England einen Teil seiner Forderungen an Frankreich nicht durch Erhöhung der deutschen Schuldpflicht erlangen, sondern, indem es sich aus dem Minimum der 26 Milliarden Goldmark für Frankreich bezahlt macht, die für die verwüsteten französischen Gebiete unerläßlich sind. Der „Matin" fügt hinzu: Wir sind nicht einmal sicher, daß es außerdem nicht **noch einige Milliarden haben will für das, was es seine verwüsteten**

Gebiete nennt, nämlich seine Arbeitslosen. Ein Handelsabkommen für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland, das unter Leitung von Mc. Kenna entworfen worden ist, verfolgt dieses wirtschaftliche Programm. In politischer Hinsicht will England Frankreich, dessen Einfluß auf dem Kontinent es fürchtet, verhindern, Deutschland allein zur Kapitulation zu bringen, das heißt einen Sieg davonzutragen, an dem England nicht seinen Anteil fordern kann. Es ist nicht sehr leicht für Lord Curzon, diesen Plan auseinanderzusetzen, der zu gleicher Zeit den „Friedensvertrag" von Versailles und den Londoner Zahlungsplan zerstört und den keine französische Regierung diskutieren wird, ohne sich an das Parlament zu wenden. Deshalb beschwere sich Lord Curzon darüber, daß er nicht die französische Ansicht kenne, die doch in den an allen Mauern in allen Gemeinden angeschlagenen Reden enthalten sei, und erkläre gleichzeitig, die Lage sei ernst, weil Frankreich ihm nicht seine seltsamen Pläne auszuführen gestatte, indem es vorschlage, sich seine Rechte selbst zu amputieren.

Der Londoner Havas-Korrespondent ist insofern optimistisch, als er bestimmt glaubt, daß eine Lösung gefunden werde, bevor die englische Politik sich zu einer Sonderaktion verstehen werde. Das englische Kabinett erstrebe mit allen Mitteln die Absendung einer gemeinsamen Antwort der Alliierten auf das letzte deutsche Reparationsangebot.

Ein französisch-englisches Kompromiß in der Saarfrage.

In der Vormittagssitzung des Völkerbundsrats vom 3 Juli begründete Lord Robert Cecil in längerer Rede den Standpunkt der englischen Regierung. Seine Ausführungen waren ruhig und zuvorkommend gehalten, aber nichtsdestoweniger bestimmt, und, indem er die alleinige Verantwortung des Völkerbundes für die Verwaltung des Saargebiets betonte, wies er indirekt energisch die französischen Eingriffe in die Saarverwaltung zurück. Durch das Versailler Instrument, Artikel 49, führte er aus, sei der Völkerbundsrat als Treuhänder des Saargebiets bestellt und von Deutschland anerkannt worden. Frankreich habe das Recht, die Gruben des Saargebiets auszubeuten. Der Völkerbund habe durch die Regierungskommission das Gebiet zu verwalten. Die Regierungskommission sei dem Völkerbundsrat unterstellt und nicht Frankreich. Lord Robert Cecil kam dann auf die bekannte Notverordnung vom 7. März und die Verordnung der Regierungskommission vom 2. Mai über das Streikpostenstehen zu sprechen. Die Notverordnung sei ohne Befragen der Vertreter der Bevölkerung und ohne zwingenden Grund erlassen worden, nachdem der Streik schon eine geraume Weile dauerte. Bei aller Hochachtung vor dem Völkerbund gehe es nicht an, eine Kritik an ihm oder seinen Mitgliedern als ein Verbrechen zu stempeln.

Der französische Delegierte Hanotaux verteidigte darauf die Regierungskommission des Saargebietes und erklärte, bis jetzt habe der Völkerbundsrat und auch mehrere hervorragende Mitglieder der Völkerbundsversammlung, wie insbesondere Lord Balfour, die Verwaltung des Saargebiets durchaus gebilligt und den liberalen Geist gelobt, in dem sie ausgeübt werde. (!) Es unterliege keinem Zweifel, so führte Hanotaux weiter aus, daß die Regierungskommission, die eine sehr große Verantwortung trage, diese provisorische Verordnung mit vollem Recht erlassen habe. (?) In der Praxis sei es aber nicht einmal notwendig gewesen, diese Verordnung anzuwenden. (!) Die Einführung des französischen Franken im Saargebiet sei unbedingt notwendig gewesen, um der furchtbaren Spekulation, die infolge des Bestehens der deutschen und französischen Währung im Saargebiet sich breit gemacht hat, zu begegnen. Zum Schluß erklärte Hanotaux im Namen der französischen Regierung, daß sich diese in keiner Weise dagegen widersetzt, daß der Völkerbundsrat selbst jetzt und in Zukunft alle Akten der saarländischen Regierungskommission, wenn er es für notwendig erachtet, einer Überprüfung unterzieht und daß er zu diesem Zweck Regierungsmitglieder nach Ems beruft.

Der Vertreter Schwedens, Branting, betonte, daß die Regierungskommission des Saargebiets es leider nicht verstanden habe, die Sympathien der Bevölkerung zu erwerben.

Auf Vorschlag des Präsidenten Salandra wird ein Redaktionskomitee eingesetzt, das die genaue Fassung einer Resolution betr. Prüfung der Akten der Regierungskommission durch den Rat sowie einen Bericht und einen Antrag ausarbeitet. Der Redaktionsausschuß stellte folgendes Kommuniqué fest: „Der Rat beschließt, noch in dieser Tagung in die Untersuchung einzutreten und beauftragt das Sekretariat, unverzüglich die Mitglieder der Saarregierung einzuladen, sich mit allen erforderlichen Unterlagen zum Völkerbundsrat zu begeben. Die in Genf anwesende Saarkommission ist der Auffassung, daß die heutige Sitzung des Völkerbundsrats einen großen Fortschritt in der Richtung bedeutet, die Rechte und die Wohlfahrt der Bevölkerung sicherzustellen."

Das Telegramm Gasparis.

Der päpstliche Kardinalstaatssekretär Gaspari hat vor einigen Tagen ein Telegramm an den päpstlichen Nuntius Pacelli in München gesandt, in dem er diesen beauftragt, bei der deutschen Regierung Schritte zu tun, um gegen den Übergang des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet in einen aktiven Protest zu erheben. Der Nuntius reiste hierauf nach Berlin und wurde vom Reichskanzler zu einer Unterredung empfangen. Das Gaspari-Telegramm wird in dem papst- und kirchentreuen Bayern außerordentlich bedauert. Der Papst ist, so meint man, offenbar durch die übertriebenen Nachrichten von der rätselhaften Brückensprengung in Duisburg irregeführt worden.

Der deutsche Botschafter in Rom beim Kardinalstaatssekretär.

Der deutsche Botschafter hat dem Kardinalstaatssekretär Gaspari einen Besuch abgestattet. Der Besuch steht im engsten Zusammenhang mit dem Telegramm des Staatssekretärs an den Münchener Nuntius. Es wird angenommen, daß der deutsche Botschafter darauf aufmerksam gemacht hat, daß die deutsche Regierung die Attentate im Ruhrgebiet verurteile, daß sie durch den Einbruch der Franzosen und Belgier aber jeden Einflusses auf diese Entwicklung beraubt sei.

Eine römische Erklärung.

Die römische Agentur Volta veröffentlicht folgende Erklärung zu dem bekannten Telegramm des Kardinalstaatssekretärs an den Münchener Nuntius: „Es wäre ein Irrtum, wenn man die Monsignore Pacelli übermittelten Instruktionen so auslegen wollte, als enthielten sie eine Verurteilung des passiven Widerstandes überhaupt. Der Papst hat nicht beabsichtigt, sich darüber zu äußern, genau so wenig, wie er mit dem Brief an Gaspari beabsichtigte, die Besetzung der Ruhr zu verurteilen und die Franzosen zum Rückzug der Truppen aufzufordern. Mit beiden Dokumenten hat der Papst vielmehr die Völker ermuntern wollen, einen Weg der Verständigung zu suchen. Das Telegramm an Pacelli bezog sich ausschließlich auf solche Handlungen, die bereits von der deutschen Regierung als verbrecherisch bezeichnet worden sind."

Friedensvertrag und Völkerbund nach Lloyd George.

In seiner bekannten Artikelreihe über den „Wiederaufbau Europas", die Lloyd George im „Daily Chronicle" zur Veröffentlichung bringt, versucht Lloyd George als Mitverfasser des Friedensdiktats von Versailles sein Werk zu verteidigen. Es ist bemerkenswert, daß er sich bei dieser Verteidigung in erster Linie darauf beruft, daß die von den Mittelmächten ausgesprochene Unabhängigkeit der Polnischen Republik in Versailles sanktioniert und ausgebaut wurde. Dann wandte sich Lloyd George mit betonter Schärfe gegen die falsche Interpretation des Vertrages durch Poincaré, der ein Friedensdokument als Waffe benutze, um damit an den Kassenschrank des Schuldners heranzukommen. Der frühere englische Premierminister bemerkt in diesem Zusammenhang folgendes:

„In Frankreich gibt es mindestens zwei bis drei Gruppen mit verschiedenen Auffassungen über den Versailler Vertrag. Eine einflußreiche Gruppe zum Beispiel sah den Vertrag immer als einen verräterischen Pakt an, in dem Clemenceau in einem schwachen Augenblick unter Wilsons und meinem Druck unverrückbare französische Rechte und Interessen preisgegeben hätte. Das ist die Gruppe Poincaré-Barthou-Pertinax. Deshalb führt diese Gruppe jetzt auch, obwohl sie formell die Durchführung des Vertrages scheinbar erzwingen will, eine riesenhafte Operation aus, um ihn ohne Befragen der anderen Signatarmächte abzuändern. Das ist in dem vom „Observer" am letzten Sonntag enthüllten bemerkenswerten Bericht des Hohen Rheinlandkommissars sehr deutlich zum Ausdruck gekommen. Aus diesem amtlichen Dokument geht sehr klar hervor, daß die französische Regierung, während sie die Öffentlichkeit in Empörung über Deutschlands Nichterfüllung des Vertrages hineinmanövrierte, inzwischen dauernd und vorsätzlich eine Verschwörung zum Umsturz eben dieses Vertrages organisiert hatte. Ihr Vertreter am Rhein hat mit Zustimmung der französischen Regierung französisches Geld für das Anzetteln einer Verschwörung zur Errichtung einer unabhängigen Rheinrepublik unter Frankreichs Schutz ausgeworfen. Es haben hiermit diejenigen, welche schon immer gegen Mäßigung im Vertrage waren, den vorsätzlichen Versuch unternommen, dessen Klauseln im Sinne der militaristischen, von Marschall Foch auf der Friedenskonferenz vorgeschlagenen Bedingungen umzuschreiben. Marschall Foch, die verkörperte Ehrenhaftigkeit, wollte, daß das offen und ehrlich getan werde. Was er wie ein Gentleman seines Schlages getan hätte, wollen diese Verschwörer durch Betrug erreichen — nämlich dadurch, daß sie ihre Alliierten hintergehen und den von ihrem Lande unterzeichneten Vertrag brechen. Das ist eine der französischen Gruppen, und zwar die, welche Europa in einen Zustand vollkommener Verwirrung gebracht hat.

Und dennoch lauten die ersten Worte des Vertrages folgendermaßen: „Zum Zwecke der Förderung internationaler Zusammenarbeit und der Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Gerechtigkeit, durch Annahme der Verpflichtung, nicht zum Kriege zu schreiten, durch Unterhaltung offener, auf Gerechtigkeit und Ehre gegründeter Beziehungen unter den Nationen, durch feste Umgrenzung der Auslegung internationalen Rechts als tatsächliche Richtschnur für das Verhalten der Regierungen untereinander und durch Aufrechterhaltung der Gerechtigkeit sowie der peinlichen Beachtung aller Vertragsverpflichtungen im Verkehr organisierter Völker untereinander nehmen die hohen vertragschließenden Teile folgenden Völkerbundspakt an:" Dahinter folgen die einzelnen Artikel des umstrittenen Paktes."

Die Einheit Südslawiens in Gefahr.

Die Kroaten wollen Selbständigkeit.

In Agram, der Hauptstadt von Kroatien, fand am Sonntag ein großes Bankett der Raditsch-Partei (kroatisch-nationale Bauern) statt, an dem auch führende Mitglieder der kroatischen Rechtsparteien teilnahmen. Auf diesem Bankett hielt Raditsch eine längere Rede, in der er erklärte, daß er von nun an keine Verhandlungen mit Belgrad mehr führen werde und daß Agram jede Verbindung mit den Serben abbreche. Das kroatische Volk werde schon allein bestehen können, ohne mit Belgrad in politischer und wirtschaftlicher Verbindung zu stehen. Er wolle auch die politischen Führer der Slowenen und Bosniaken auffordern, Belgrad sofort zu verlassen. Sollten sie dieser Aufforderung keine Folge leisten, so bedeute dies den Bruch des föderalistischen Blocks, und Raditsch werde die Massen in Bosnien und Slowenien unter seinen Einfluß bringen. Andere Redner, u. a. ein Vertreter der Rechtspartei, erklärten, daß nicht nur die Raditsch-Partei, sondern das gesamte kroatische Volk hinter Raditsch stehe. Raditsch müsse als der wirkliche Repräsentant des kroatischen Volkes angesehen werden.

Durch die offene Kampfansage gegen Belgrad, die der außenpolitischen Bedrohung des zentralistischen serbischen Kabinetts Pasitsch durch die günstige Entwickelung der bulgarischen Revolution auf dem Fuße folgt, ist der Bestand des in St. Germain, Trianon und Neuilly geschaffenen jugoslawischen (S. H. S.-) Staates in ernste Gefahr gebracht. Raditsch, der sich übrigens noch vor wenigen Wochen als ein Verehrer der deutschen Kultur und Arbeit und als ausgesprochener Gegner des französischen Imperialismus bekannt hat, ist heute wohl die stärkste Führerpersönlichkeit auf dem südeuropäischen Balkan, ein Mann, der sich nicht mit Unrecht berufen fühlt, in der großen Politik der Kleinen Entente eine führende Rolle zu spielen.

Die Haltung der deutschen Abgeordneten.

Nach Belgrader Meldungen steht die Regierung Pasitsch vor neuen Schwierigkeiten. Die acht deutschen Abgeordneten der Skupschtina, die bisher die radikale Regierung unterstützt haben, ohne daß darüber formelle Vereinbarungen bestanden hätten, haben nicht für das Budget gestimmt, sondern sich der Abstimmung enthalten.

Die Lage in Litauen.

Unter den üblichen Feierlichkeiten hatte die Wiederwahl des Staatspräsidenten Stulginski stattgefunden. Präsident Stulginski ist eng mit der politischen Geschichte der jungen Republik verwachsen, seit ihrem Bestehen hat er in ihr eine hervorragende Rolle gespielt, und der Staat hat ihm viel zu danken; so ist es nicht zu verwundern, daß das Parlament ihn zum zweiten Mal in seinem hohen verantwortungsvollen Amt bestätigt hat. Wie die meisten Staatsmänner Litauens, so ist auch Stulginski ein verhältnismäßig noch junger Mann. 1885 geboren, beendete er zuerst das Gymnasium in Libau und trat dann in das geistliche Seminar in Kowno ein, begab sich aber zu weiteren Studien zuerst nach Innsbruck und später nach Halle, um landwirtschaftliche Kurse zu hören. Seine politische Karriere begann er zuerst als Redakteur des Parteiorgans des rechten Flügels der Christlichen Demokraten, war dann Mitglied der Taryba, später Minister im Kabinett des Führers der Volkssozialisten, Pleschewitsch, Vorsitzender der Konstituierenden Versammlung und endlich Staatspräsident. Seine Wiederwahl erfolgte mit 49 Stimmen gegen 26 der Linken und der Polen. Da die Partei der Christlichen Demokraten nur über 40 Stimmen verfügt, so ergibt sich daraus, daß ein Teil der nationalen Minderheiten, darunter der Block der Deutschen und Russen, für den Präsidenten gestimmt hat.

Der Block der deutschen Abgeordneten mit den russischen hat sich aus den anderen politisch zersplitterten nationalen Minderheiten herausgeschält in der Absicht, positive Arbeit zu leisten, und hat sich deshalb auch mit dem Klerikalen Block der Regierungspartei verbunden, natürlich nur insoweit, als diese ihren kulturellen Sonderforderungen, wie das bisher der Fall gewesen ist, entgegenkommt. In ungefähr zwei bis drei Monaten muß das neu erworbene Memelgebiet verfassungsgemäß sechs Abgeordnete in den Landtag schicken; da diese Deputierten nun voraussichtlich Deutsche sein werden, so ist anzunehmen, daß die deutsche Fraktion binnen kurzem sehr an politischer Bedeutung gewinnen wird. Es besteht alle Aussicht, daß sie loyal mit der Regierung zusammenarbeiten wird.

In ganz Litauen wie auch im Landtag fällt das feste Bekenntnis zum Vaterlande, zum Nationalen auf; der Eindruck ist um so angenehmer und erfreulicher, als er wenig von Fremdenhaß oder auch nur Abneigung gegen andere Nationen in sich schließt. Nur die Polen machen in dieser Hinsicht eine Ausnahme, da die Litauer den Verlust Wilnas nicht verschmerzen können. Sozialdemokratische, internationale oder gar kommunistische Strömungen spielen hier gar keine Rolle.

Litauen betont auch in den politischen Veranstaltungen seinen christlichen Standpunkt; so wurde zum Beispiel der Landtag mit einem feierlichen Gottesdienst eröffnet, und auch die Vereidigung des wiedergewählten Präsidenten fand im Parlament durch den Bischof statt. Auch ein gewisser militärischer Prunk fehlte dabei nicht. Truppen in Paradeuniform mit gezogenem Pallasch bildeten die Ehrenwache im Sitzungssaal, eine Kavallerieeskorte begleitete den Präsidenten auf seiner Fahrt zum Parlament und beim Verlassen des Gebäudes zum Denkmal der für die Unabhängigkeit Litauens gefallenen Krieger, das der Staatspräsident pietätvoll besuchte. Die „Thronrede" des Präsidenten, die er im Parlament schlicht, aber eindrucksvoll vortrug, enthielt keine sensationellen politischen Momente. In bezug auf die auswärtige Politik wiederholte der Präsident seine Mahnung, daß sich der Landtag mit dem polnischen Grenzkonflikt, das heißt mit der Wilnafrage und mit der internationalen Regelung der Autonomie des Memelgebiets zu befassen haben werde. In der inneren Politik gelte es, Rechts- und Gerechtigkeitsgefühl zu stärken, sowie ernste Arbeit zur Hebung des Kulturniveaus zu leisten. Landwirtschaft und Handel seien zu heben und zu stützen. Dr. Stulginski schloß seine Ausführungen mit einem Appell an den Patriotismus des Hauses.

Als wichtige Arbeit steht dem Landtag zuerst die Erledigung des Budgets zu, das, da das erste Parlament aufgelöst werden mußte, noch nicht für das laufende Jahr bewilligt worden ist. Das Budget beläuft sich in runden Ziffern auf 200 Millionen Lits. Einnahmen und Ausgaben sind durchaus im Gleichgewicht.

Programmrede Galvanauskas.

Der neue litauische Ministerpräsident Galvanauskas, der zugleich Außenminister ist, gab in der Donnerstagssitzung des litauischen Sejm die Regierungserklärung ab. Vor der Abstimmung über das Vertrauensvotum verließen die Sozialdemokraten den Sitzungssaal. Die Regierungserklärung wurde mit allen Stimemn angenommen. Galvanauskas widmete einen längeren Abschnitt in seinem Exposé dem Stand des Heeres, das auf europäisches Niveau gestellt werden müsse. Im Verhältnis zu den anderen Baltenstaaten will Litauen hinsichtlich der Bildung eines Baltenverbandes vermitteln. Es wäre erwünscht, wenn auch Skandinavien dem Baltenblock beitreten würde. Im letzten Abschnitt beschäftigte sich der Ministerpräsident mit Polen und Memel. Was Polen betrifft, so erklärte Galvanauskas, daß Polen noch immer im Besitze der mit Gewalt fortgenommenen litauischen Gebiete und der Hauptstadt Litauens sei

Eine Memeler Abordnung in Kowno.

Kürzlich traf in Kowno eine Abordnung aus Memel zu Besprechungen mit der litauischen Regierung über die bevorstehende Wiederaufnahme der Verhandlungen in Paris über die Memelfrage ein. Vor der Abreise nach Kowno hatten die Mitglieder der Abordnung eine Vorbesprechung in Memel, bei der sich laut „Echo" eine Übereinstimmung zwischen den Ansichten der Vertreter des Memelgebietes und der litauischen Regierung ergab.

Die Verfolgung der polnischen Minderheit in Litauen.

Der polnische Delegierte Modzelewski überreichte dem Vorsitzenden des Völkerbundsrates eine Note bezüglich der Verfolgung der polnischen Minderheit in Litauen. Die Note verlangt die schnellste Ratifizierung der litauischen Erklärung über die Minderheiten.

Ruhrkinder in Lettland.

Am Freitag ist in Riga der erste Transport deutscher Kinder aus dem Ruhrgebiet die den Sommer auf dem Lande bei deutschen Familen verbringen sollen, eingetroffen.

Finnland und Polen.

Die bedeutende finnische Zeitung „Husonstadsbladet" schreibt in einer Besprechung der Rigaer Randstaatenkonferenz im Hinblick auf das außenpolitische Programm der polnischen Regierung: Die Richtung der neuen polnischen Politik führe in Polen zu eine Drehung der Front von Osten nach Westen. Polen befürchte keine Gefahr von Rußland her, wünsche vielmehr Freundschaft und Verständigung mit diesem, um entsprechend dem Wunsche Frankreichs eine starke Mauer gegen Deutschland zu bilden und dessen erwartetes Bündnis mit dem Osten zu verhindern. Polen werde dadurch noch mehr als bisher ein Faktor der französischen Politik, die Deutschland niederzuhalten und seine Erholung zu verhindern suche. Hiermit aber sei eine Teilnahme Finnlands an einem Verteidigungsbündnis gegen den Osten nicht mehr vereinbar. Die öffentliche Meinung des Landes lehne ein solches Bündnis ab, und zwar noch einhelliger als das vorige Mal.

Deutsches Reich.

** **Erhöhung der Mietszinse in Berlin.** Eine gewaltige Verteuerung ist im Monat Juli allen Berliner Wohnungsmietern erwachsen. Die Auflagen und Zuschläge verschiedener Art, die sowohl für die Stadt wie für den Staat zu zahlen sind, machen zusammen eine so hohe Summe aus, daß die Wohnungsmiete für den Monat Juli das Sechshundert- bis Siebenhundertfache der Friedensgrundmiete betragen wird. Außerdem haben die Berliner Wohnungsmieter noch eine Wohnungsbauabgabe zu zahlen, die für das abgelaufene Halbjahr den zweihundertsiebzigfachen Betrag der Friedensmiete ausmachen wird.

** **Der Berliner Streik.** Aus Berlin wird gemeldet, daß am Freitag vormittag der Ausstand der Metallarbeiter begann. Am Nachmittag legten etwa 100 000 Arbeiter die Arbeit nieder. ungefähr 200 der größten Firmen wurden stillgelegt. Am Nachmittag entschied das Streikkomitee über die weitere Ausdehnung des Ausstandes. Die Berufsorganisationen in Berlin fordern die Arbeiter zur Solidarität mit den Streikenden auf. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Streik auf andere Zweige der Industrie nicht nur in Berlin, sondern auch im Reich, übergreift.

** **Föderalistische Wünsche der Bayern.** Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages hat mit Mehrheit einen Antrag der Bayerischen Volkspartei angenommen, der die Machtbefugnisse des Reichspräsidenten aus Artikel 48 der Reichsverfassung eingeschränkt wissen will, soweit es sich um die Hoheitsrechte der Länder handelt. Die Regierung soll zu gegebener Zeit einen dahingehenden Antrag im Reichsrat einbringen. Mehrere Eingaben, welche sich auf die föderalistische Ausgestaltung der Reichsverfassung bezogen, fanden durch die Annahme eines Antrages der Bayerischen Volkspartei ihre Erledigung, wonach die Regierung zu gegebener Zeit bei der Reichsregierung auf eine Vorlage hinwirken soll, welche eine Ausgestaltung der Reichsverfassung im föderalistischen Sinne vorsieht.

Else Pfeiffer
Otto Konkel
grüßen als Verlobte.

Przybychowo — im Juli 1923. — Piotrowo

Ihre zu Podobowice stattfindende Vermählung geben bekannt

Dr. Erhard Kraemer und
Frau Ingeborg Kraemer,
geb. Peschken.

Podobowice, am 3. Juli 1923. [7976

Dipl.-Ing. Georg Czternasty
und
Frau Gertrud, geb. Pietsch

beehren sich ihre Vermählung anzuzeigen.

Poznań, im Juli 1923.
Grochowe Łąki 3.

Dankfagung.

Für alle Beweise warmer Teilnahme, die uns nach dem Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen zuteil geworden sind, sagen wir
herzlichen Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen
Ida Henning.
Poznań, den 6. Juli 1923.



7983

Donnerstag, den 5. Juli d. Js., abends 7 Uhr, entschlief in Gott nach langem, schweren Leiden mein geliebter Mann, unser guter Vater und Schwiegervater
der Kaufmann
Rudolf Tomaschewski
im 61. Lebensjahre.
Tiefbetrübt zeigen dies hiermit an
Wally Tomaszewski
nebst Söhnen und Schwiegertöchtern
Poznań, ul. Słowackiego 31.
Die Beerdigung findet am Montag, dem 9. d. Mts., nachm. 5 Uhr, von der Kapelle des St. Lukasfriedhofes aus statt.

Die hiesigen Obstalleen
einschließlich eines Obstgartens sind
zu verpachten.
Es sind Äpfel, Birnen, Süß-, Sauerkirschen, und Pflaumen vorhanden.
Gutsverwaltung Białokosz, Post Nojewo.

Wolle
zahle für (7986
Wolle gewaschene Kilo bis 64000
Schmutzwolle . . . Kilo bis 54000
Tausche! Für 3 Pfd. Schafwolle gebe 1 Pfd. Strickwolle ohne Zuzahlung
Fischotterfelle bis 2000000
Marderfelle bis 1500000
Fuchsfelle bis 900000
Nur Winterware, beste Qualität, wird gekauft.
Roßschwanzhaare Kilo bis 80000
Bienenwachs . . Kilo bis 30000
Kaufe künstliche Zähne,
zahle für 1 Zahn **15000 M.** nach Untersuch. der Echtheit. —
Elkan Kallmannsohn,
Poznań, św. Marcin 34, seit 20 Jahren ansässig

Offeriere Ia. [7979
Kachelöfen und Kochherde
nebst allen Zutaten,
Wandfliesen, Chamottesteine und -Platten.
Otto Knack, Ofen- und Blumentopf-Fabrik, **Gniezno,**
Telephon 290. Słomianka 7.

Trockene
Felgen und Speichen
hat abzugeben
S. Tiefenbrunn, Kępno. Tel. 63.

Sofort lieferbar:
Dr. jur. Fr. Bordihn,
Das positive Recht der nationalen Minderheit.
Preis 24 000 Mark.
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań, Zwierzyniecka 6.
Abteil.: Versandbuchhandlung.

Arbeitsmarkt

Zum baldigen Antritt spätestens zum 1. Oktober für 3000 Morgen
älterer Beamter
unter Oberleitung gesucht, der beider Landessprachen auch in der Schrift mächtig ist. — Desgleichen auch ein
Rechnungsführer(in),
der die gleichen Sprachkenntnisse wie oben hat. [7939
Oehlrich, Mała Turza, poczta Płośnica.

Gesucht zum baldigen Antritt
junger Beamter
aus guter Familie, der Lehrzeit beendet hat, mit regem Interesse für die Wirtschaft und strengem Pflichtgefühl.
Gutsverwaltung Białokosz, Post Nojewo.

Wirtschaftseleven sucht zum 1. Oktober
Rittergut Kowalskie, poczta Kobylnica, p. Poznań wschód

Tüchtiger Berufsbeamter
45 Jahre alt, verh., mit besten Zeugnissen und langjähriger Praxis auf intensiven Wirtschaften Deutschlands, beider Landessprachen in Wort und Schrift mächtig, letztere 8 Jahre als Administrator in einer 4000 Morgen großen Wirtschaft tätig, wegen Übernahme durch den Besitzersohn, Stellung aufgegeben, sucht per bald oder 1. Oktober d. J. Stellung als
Oberinspektor oder Gutsverwalter
Gefl. Offerten unter N. 7973 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Dauerstellung in Berlin
erh. einf. ält. Frauensperf. i. früh. posn. Beamtenhaush., 3 Erw., 1 neunj. K., Hausfr. leid. Gute Beh. u. Verpfl. Geh. n. Uebereink. Reiseverg. Off. u. P. 7906 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Stellengesuche.

Staatl. geprüfter Förster
25 J. alt, unverh., beider Sprachen mächtig, tüchtig in seinem Fach, schriftgewandt, sucht evtl. sofort Stellung. Ang. u. K. 7936 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Von sofort oder 1. August sucht verh. jung. Mann, ohne Kinder, Stellung auf größerem Gut als
Gärtner.
Bin seit 12 J. im Fach gründlich erfahren habe u. bessere Schule besucht. Gefl. Ang. u. R. 7907 a. d. Geschft. d. Bl.

Lehrerin
ungepr. aber m. g. Erf. unterr. sucht Stelle a. Privatschule als Hauslehrerin oder soz. Arbeit. (Reisezeugn., Christl. Soz. Sem., Kurse). Früher Hauslehrerin, dann christl. soz. Arbeit. zul. staatl. Hilfslehr. Franz., Engl., Poln., musik. Offerten unter 7965 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Spielplan des Großen Theaters.
Sonnabend, den 7. 7., abends 7½ Uhr: „**Die schöne Helena**“, Komische Oper von Offenbach.
Sonntag, den 8. 7., abends 7½ Uhr: „**Bohème**“, Oper von Puccini.
Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Górski im Hotel Monopol, Ecke ul. Fredry u. Sew. Mielżyńskiego.

Deutscher Theaterverein
Posen.
Mittwoch, den 11. Juli 1923,
abends 8 Uhr,
im Saal des Zoologischen Gartens:
Einmaliges Gastspiel
des Herrn Paul Hilbig-Edelhof, Danzig.
Nur ein Traum.
Lustspiel in 3 Akten von Lothar Schmidt.
Eintrittskarten zu 4000, 6000, 8000 und 10000 Mk. sowie Programme zu 1000 Mk. sind im Vorverkauf im Zigarrengeschäft von **Gumnior,** św. Marcin, Ecke Gwarna sowie an der Abendkasse zu haben.

Ada Sari
weltberühmte Koloratursängerin,
gibt ein einziges Konzert [602
Dienstag, den 10. Juli 1923,
im Konzertsaale in der Universität.

Achtung! (7954
500000 Mk. Belohnung
demjenigen, der mir die Person nachweist, die im Trauerhause **Teidel, Strzcewo,** lügenhafte Äußerungen gegen mich getan hat, so daß ich sie gerichtlich belangen kann.
A. Bier, Wilczyniec (Friedrichsdorf), pow. Jarocin.

Der Termin für die Repräsentantenwahl ist auf
Montag, d. 9. Juli 1923 (10-2 u. 4-6 Uhr)
verlegt worden. (783
Poznań, den 6. Juli 1923.
Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde.

Vereid. Reg.-Landmesser
führt Messungen jeder Art insbesondere
größerer Güter aus.
Gefl. Offerten unter **7980** an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Fräulein aus groß. Landwirtschaft, Ende 40, evgl., aus achtb. Familie, mit gut. Ruf, wünscht sich zu (7971
verheiraten
nur mit älterem best. Landwirt. Off. u. **A. B. 7971** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Fräulein, mitte 30 er (100 Mill. M.), sucht, da alleinst. mit ordentlicher Familie zu verkehren. Offerten unter **7962** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

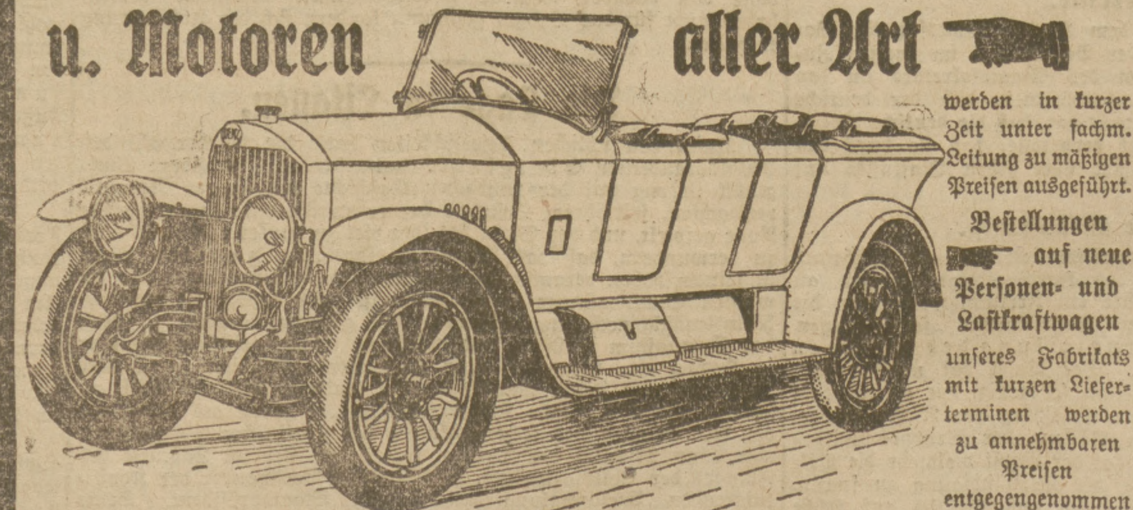
Erholung
sucht Lehrerin, Land. Frei. mäßig. Preise od. gegen 1—2 Stund. tägl. Unt., auch Engl., Franz. u. Poln. Preisang. unt. **7966** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Junggeselle
in mittl. Jahr., wünscht Damenbekanntsch. zwecks bald. Heirat. Gefl. Offerten unter **7967** an die Geschäftsst. d. Blattes erb.

Heirat! Reiche Ausländerinnen u. verm. deutsche Damen wünschen glückl. Heirat. Herren, a. ohne Vermög., gibt kostenl. Ausk. **Stabrey,** Berlin Postamt N 113.

Lampenschirme
werden sauber und billig angefertigt. **Lewinsohn bei Ulrich, ul. Dąbrowskiego Nr. 36 I. r.** (7942

Reparaturen von Automobilen
u. Motoren aller Art



werden in kurzer Zeit unter fachm. Leitung zu mäßigen Preisen ausgeführt.
Bestellungen auf neue Personen- und Lastkraftwagen unseres Fabrikats mit kurzen Lieferterminen werden zu annehmbaren Preisen entgegengenommen

Automobil-Garagen jeder Zeit zur Verfügung. || **Bereifung,** Benzin, Oele, Fette, Karbid u. Ersatzteile stets auf Lager.
Benz-Vertretung, Poznań,
Kantaka 1. Tel. 2936. Inhaber **Juljan Pniewski.** Werkstätten: Bukowska 12.

Koks-,
Kohlen-, Holz-Anfuhr
Abfuhr von Waggonladungen, Gespanngestellung übernimmt „**Britania**“, Inh. **Georg Prügel, ul. Jeżycka 41 I. Tel. 1677.**

Fensterglas
in allen Sorten,
Glaserkitt,
Glaserdiamanten,
Bilderleisten
liefert **L. Zippert,**
Gniezno.

Käse,
prima Ware, à Pfd. 4000 M. empfiehlt **Molkerei Rawicz.**

Ein gut erhaltener
Herrenanzug
für mittelgroße Figur **preiswert zu verkaufen.** Ang. u. **D. 7988** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Schw. Seidenjacke
billig zu verkaufen. Off. u. **7961** a. d. Gescht. d. Bl. erb.

Die Politik der russischen Emigranten.

Unlängst wurden Gerüchte verbreitet, die vor allem den französisch orientierten russischen Emigranten, die auf die Wiederaufrichtung des Zartums hinarbeiten, eine aktive Rolle in der mitteleuropäischen Politik zuweisen wollten. Die „Weser-Zeitung" erhält nunmehr in dieser Angelegenheit einen Sonderbericht aus Königsberg, in dem von anscheinend gut orientierter Seite der Durchführbarkeit dieser Pläne widersprochen wird. In erster Linie wird darauf hingewiesen, daß es unter den russischen Emigranten an starken Führernaturen fehlt. Nicht zuletzt unter den Kronanwärtern, die, ebenso wie die russischen Parteien im Auslande zudem sehr verschiedene Wege gehen. Russische Emigranten sind über ganz West-, Mittel- und Südost-Europa zerstreut. Paris, Berlin, Prag, Belgrad und Konstantinopel bedeuten zugleich ebenso verschieden gerichtete russische Emigrantenkreise und -zirkel. Wenn daher General Kutepow, einer der Kampfgenossen Wrangels bei der Verteidigung der Krim, kürzlich in einer Rede in Galipoli die Wrangeloffiziere in flammender Rede aufgefordert hat, sich zu der bevorstehenden Befreiungsexpedition gegen Sowjetrußland bereitzuhalten, die mit Unterstützung der Entente durch den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch und unter Teilnahme des zukünftigen Zaren; des Großfürsten Kyrill, demnächst stattfinden werde, so wird man hinter dieser Rede ein sehr großes Fragezeichen machen können. Es ist doch sehr bezeichnend, daß der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch kürzlich in Paris sich in Unterredungen mit seinen Anhängern als entschiedener Gegner jeder Intervention erklärt und gesagt hat, er werde weder mit fremden noch mit russischen Truppen in Rußland einmarschieren. Nur in dem Fall, daß die russische Armee in der Heimat ihn rufe, sei er bereit, sich an deren Spitze zu stellen. Der Großfürst hat das unzweideutig gegenüber Vertretern der monarchistischen Kreise, so dem Grafen Kokowzow Markow, den russischen Generalen Müller, Trepow u. a. zum Ausdruck gebracht. Ob es im übrigen richtig ist, daß die Unstimmigkeiten unter den Thronanwärtern, d. h. dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, dem Großfürsten Kyrill und dem Großfürsten Dimitri beigelegt worden sind, sei dahingestellt. Der Großfürst Nikolai ist ganz ententistisch eingestellt. Dem Großfürsten Kyrill sagt man zwar gewisse deutsche Sympathien nach, aber man wird gut tun, bei dem Charakter des Großfürsten von festen Richtlinien seiner Politik nicht viel zu reden, und der junge Großfürst Dimitri Pawlowitsch, der einmal der Schwiegersohn des Zaren werden sollte, ist ein unbeschriebenes Blatt. Es heißt, daß die beiden letzteren zugunsten des kinderlosen Großfürsten Nikolai ihre Ansprüche aufgegeben hätten. Möglich wäre es, sicher ist aber doch auch, daß die monarchistische Idee in Rußland, in der sich die Emigranten mehr und mehr zusammenzufinden scheinen, nur dann lebendig werden könnte, wenn sie nicht übersähe, **daß das neue Rußland auch nach Sturz des roten Terrors niemals eine bedingungslose Wiederherstellung des alten sich gefallen lassen würde.** Gute Kenner des Landes und des Volkes, wie etwa der Fürst Wolkolski, haben daher nachdrücklich „offene Augen" gefordert.

Sowjetrußland.

Russisch-Japanisches Fischereiabkommen.

Wie die „Russische Telegraphen-Agentur" mitteilt, ist der vor einigen Tagen in Wladiwostok mit japanischen Fischereien abgeschlossene Vertrag über Fischfangkonzessionen im fernen Osten das erste zwischen Sowjetrußland und Japan zustandegekommene rechtliche Abkommen. Die Japaner verpflichten sich, unter der Garantie der japanischen Regierung die für Fischfang in den russischen Gewässern während der Zeit der Intervention und der Besetzung des fernen Ostens noch ausstehenden Beträge bis zum August d. Js. nachzuzahlen. Von japanischer Seite sind bereits über zwei Millionen Goldrubel bezahlt worden.

Bildung eines Nationalitätenrates?

In Moskau wurde die zweite Tagung der Zentralexekutive der Sowjetrepubliken eröffnet. Sie prüft u. a. den Antrag auf Bildung eines besonderen Nationalitätenrates, welcher entsprechend der Bevölkerungszahl zusammengesetzt wird und mit dem Unionsrat die Zentralexekutive bilden soll.

Luftverkehr Moskau—Taschkent.

Der Leiter der Roten Luftlinie, Snamenski, ist nach 27stündigem Flug aus Moskau in Taschkent (Turkestan) eingetroffen, wobei der Kaukasus in Höhe von 4900 Metern überflogen wurde. Die Transkaukasische Luftverkehrsgesellschaft organisiert eine Luftverkehrslinie Tiflis—Baku, wofür fünf sechssitzige Junkers-Personenflugzeuge bestellt worden sind.

Tichon nicht aus der Kirche ausgestoßen.

Das Genfer Komitee der orthodoxen Kirche bestreitet, daß der Patriarch Tichon aus der orthdoxen Kirche ausgestoßen worden sei und erklärt, daß diese Nachricht von Mouskau aus zu dem Zweck verbreitet wird, den Patriarchen in den Augen der christlichen Welt bloßzustellen.

Gute Ernte in Rußland zu erwarten.

Die Ernte in Rußland verspricht in diesem Jahre einen Ertrag von 13½ Millionen Tonnen. Davon wird eine Million ausgeführt werden können.

Freistaat Danzig.

Einführung einer neuen Währung?

Der „Dziennik Gdański" erfährt, daß der Danziger Senat eine auf den Schweizer Franken gestützte Valuta einführen will. Die deutsche Mark habe aufgehört, sowohl für die Öffentlichkeit als auch für den Senat Wertmesser zu sein. Die Danziger Importeure kalkulieren schon lange in Dollars. Möblierte Zimmer, die nicht dem Wohnungsamte unterliegen, werden in Dollars bezahlt. Die Läden setzen täglich die Preise für die Waren gemäß der Änderung des Dollarkurses fest.

Dr. Drobner, Bevollmächtigter der Danziger Sozialisten.

Der „Dziennik Gdański" berichtet, daß in ausländischen Sozialistenkreisen die Nachricht verbreitet ist, die deutsche sozialistische Partei habe ihre Stimme zur Exekutive der sozialistischen Internationale dem jüdischen Delegierten der polnischen Unabhängigen Sozialisten Dr. Drobner gegeben, was großen Eindruck gemacht habe. Man sieht darin eine starke Annäherung der Danziger zu den polnischen Arbeitern. Obige Tatsache hat um so größere politische Bedeutung, als infolge Beitritts der Kommunisten zur Danziger Sozialistischen Partei eine große Änderung in der Gruppierung der Kräfte im Senat erfolgt ist. Dies wird auch auf eine friedliche Gestaltung des Verhältnisses Polens zu Danzig nicht ohne Einfluß bleiben. Der Delegierte der polnischen Unabhängigen Sozialisten wird also außer der Partei der Polnischen Unabhängigen Sozialisten auch die Danziger Sozialistische Partei, die Partei der Deutschen Sozialisten in Polen (Verwaltung Kattowitz), sowie die Tschechische Vereinigte Partei der Unabhängigen Sozialisten der Gruppe des ehemaligen Ministers Urbański in der sozialistischen Exekutive vertreten.

Danziger Befürchtungen.

Der „Dziennik Gdański" schreibt: „Die Nachricht von den Maßnahmen der polnischen Regierung, die den polnisch-Danziger Grenzverkehr stark einschränken, hat in Danzig niederdrückend gewirkt. Die deutsche Bevölkerung der Freistadt Danzig befürchtet, daß durch diese Maßnahmen die Verpflegung der Freistadt von seiten der Pommereller Grenzkreise fast ganz unmöglich gemacht wird, besonders wenn die verschärfte Kontrolle den Kaschuben die Anfuhr von Lebensmitteln nach Danzig, Oliva und Zoppot stark beschränkt."

†* **Polnische Vergeltungsmaßregeln.** In der Nacht vom 1. zum 2. Juli wurden Danziger Staatsbürger beim Überschreiten der Danzig-polnischen Grenze von den polnischen Stellen nicht in Danziger Gebiet gelassen. Die nach den zwischen Danzig und Polen getroffenen Abmachungen für die Aus- und Einreise von Danzig und aus Polen gültigen Personalausweise wurden nicht mehr als gültig angesehen. Polnischerseits bezeichnet man diese Bestimmung als eine Vergeltungsmaßregel gegenüber der Behandlung polnischer Staatsangehöriger im Gebiete der Freien Stadt Danzig. Der Danziger Senat wird den Schutz des Völkerbundes in dieser Angelegenheit anrufen. Seit Dienstag abend wird von den polnischen Behörden in Dirschau eine weitere Maßnahme gegen Danziger Staatsangehörige angewendet. Sämtliche mit Fahrkarten nach Simonsdorf, zu welchem Orte die Fahrt von Danzig ein Stück durch den polnischen Korridor geht, versehenen Danziger Reisenden, soweit sie nicht das polnische Visum besitzen, wurden in Dirschau aus dem Zuge herausgeholt und nach Danzig zurückgeschickt. Diese Maßnahme der Dirschauer Behörde steht in krassem Widerspruch zu jedem geltenden Rechte, da Danziger Staatsbürger selbstverständlich das Recht haben, von Danzig aus nach Simonsdorf zu fahren.

Aus aller Welt.

Geplante Ermordung des ungarischen Ministerpräsidenten. Die Budapester Staatsanwaltschaft hat gegen 17 Personen, die vor kurzem von der Polizei eingeliefert worden waren, Anklage wegen einer geplanten Ermordung des Ministerpräsidenten Grafen Bethlen erhoben.

Aus Stadt und Land.

Posen, 7. Juli.

Ein Achtzigjähriger als Gattenmörder.

Das Haus ul. Wożna 20 (fr. Büttelstr.) war in der Nacht zum Freitag der Schauplatz einer furchtbaren Ehetragödie, die erst gestern gegen Mittag dadurch entdeckt wurde, daß die 71jährige Arbeiterehefrau Bartkowiak quer über ihrem Bette liegend mit durchschnittenem Halse ermordet aufgefunden wurde. Die Nachbarsfrau, die die schaurige Entdeckung gegen 11 Uhr machte, benachrichtigte sofort die Kriminalpolizei, die nach kurzer Untersuchung feststellte, daß die Frau von ihrem eigenen Ehemann, einem 80jährigen Arbeiter, in der vorangegangenen Nacht ermordet worden war. Die weiteren Ermittelungen ergaben die Richtigkeit dieser Annahme.

Das Ehepaar hatte sich vor Jahresfrist nach längeren Zwistigkeiten, die darin ihren Grund hatten, daß die Frau ihren Mann nicht ernähren konnte oder wollte, getrennt. Der Mann hatte dann in Zegrze bei einem Landwirt eine Stelle als Arbeiter gefunden und sich trotz seines hohen Alters noch ein paar Spargroschen zurückgelegt. Infolge von Kränklichkeit hatte er aber vor wenigen Tagen seine Arbeitsstelle aufgeben müssen und war zu seiner Frau wieder zurückgekehrt, bei der er von seinem Ersparten lebte. Da dieses zur Neige ging, verlangte die Frau, daß er sich wieder eine andere Stelle suchte. Infolgedessen kam es zwischen den Eheleuten wiederholt zu scharfen Auseinandersetzungen, so auch am Donnerstag abend. In der Nacht stand der Ehemann, noch unter dem Druck der ehelichen Auseinandersetzung, auf, ergriff sein Rasiermesser und schnitt damit seiner Frau, die im Schlafe lag, den Hals durch, so daß sie nach kurzer Zeit, nachdem der Ehemann noch einmal das Messer angesetzt hatte, verstarb. Gegen Morgen kleidete er sich an und verließ um 8 Uhr die Wohnung. Am Wartheufer irrte er dann eine Zeitlang umher und versuchte sich dann selbst zunächst mit dem Rasiermesser und dann durch Ertränken das Leben zu nehmen. Hierbei wurde er jedoch von herzueilenden Personen gehindert und in das zuständige Polizeirevier geschafft. Dieses wollte nun die Ehefrau veranlassen, den Mann aus dem Polizeirevier abholen zu lassen. Als der Schutzmann im Hause ul. Wożna 20 erschien, fand er in der Wohnung keinen Einlaß. Eine Nachbarsfrau drang schließlich in diese ein und fand die Frau auf dem Bette liegend mit durchschnittenem Halse tot vor. Der ins Verhör genommene Ehemann räumte sofort ein, daß er seine Frau in der vorhergegangenen Nacht aus den oben erwähnten Gründen ermordet hatte; er wurde in Untersuchungshaft genommen.

Wie beschafft man sich Valuten oder Devisen?

Personen oder Firmen, die Valuten oder Devisen zur Deckung ihrer ausländischen Verbindlichkeiten brauchen, haben sich an eine der früheren Devisenbanken mit einem begründeten Ansuchen zum Verkauf fremder Valuten zu wenden. Die Bank übermittelt das Ansuchen der Devisenkommission, die es bewilligt oder ablehnt und der Bank die Erlaubnis erteilt, aus ihren Valutavorräten den Auftrag zu erfüllen. Personen, die Valuten für Reisen und zur Erholung von im Ausland lebenden Angehörigen benötigen, haben ebenfalls an eine der früheren Devisenbanken ihr begründetes Ansuchen zu stellen. Die Bank übermittelt dies der Devisenkommission. Wenn die Interessenten gewisse Summen fremder Valuten, die sie besitzen, zur Deckung von Handelsverbindlichkeiten im Auslande, zur Erhaltung im Auslande lebender Angehöriger ausführen möchten, so haben sie sich an den Delegierten des Finanzministeriums in Warschau, Passage Luxemburg, zu wenden.

Militärische Uebungen.

Der dritte Turnus der Reservistenübungen findet vom 16. Juli bis 11. August statt.

Die Einziehung erstreckt sich a) auf die Reservisten der Jahrgänge 1897 und 1896 (mit Ausnahme des Gebiets der Wojewodschaft Schlesien, von Zips und Orawa), die vom 1. und 2. Turnus für den 3. Turnus vorbehalten wurden. Eine Ausnahme bilden 1. Militäransiedler, die Aufschub bis 1924 erhalten können, 2. Berufslandwirte, die wegen der mit der Ernte verbundenen Landarbeiten nicht eingezogen werden, 3. Teilnehmer an Eisenbahnverkehrskursen in Danzig und Lemberg, deren Einberufung für Anfang Oktober vorgesehen wird; b) Reservisten des Jahrganges 1895 (mit Ausnahme des Gebiets der schlesischen Wojewodschaft, Zips und Orawa), welche sind: 1. Hilfslehrkräfte in höheren Lehranstalten, in Mittelschulen, in Lehrerseminaren, Präparandenanstalten, Berufs- und Volksschulen, 2. Hörer oder Schüler höherer Lehranstalten (mit Ausnahme der Hörer der Medizin, die von Amts wegen in diesem Jahre von den Übungen befreit sind, sowie Hörer der Tierheilkunde, denen Aufschub bis zum

Der sterbende Wald.

Roman von Heinz Alfred v. Byern.

(13. Fortsetzung.)

„Guten Tag, Gräfin," der Fabrikbesitzer beugte sich über die Hand des jungen Mädchens, „aber es ist wirklich unrecht, daß Sie soviel Umstände machen!"

„O — bitte sehr, von Umständemachen ist nicht die Rede, Väterchen und ich haben eben erst Kaffee getrunken, und nach der langen, staubigen Fahrt sind Sie gewiß durstig."

„Ja, es ist eine unheimliche Hitze, und ich muß neuerdings selbst chauffieren, meinen bisherigen Chauffeur, den Brockmann, habe ich gestern entlassen, der Kerl wurde zu üppig, und ein Ersatz ist jetzt nicht so leicht zu finden."

„Denken Sie mal," sagte Graf Dassel, „ich bin nun neunundsechzig Jahre, aber noch niemals habe ich einen Kraftwagen benützt, die Dinger sind mir immer unheimlich gewesen."

„Ach nein," Georg Rößl machte ein ganz verdutztes Gesicht, „das ist ja wohl nicht möglich, und ich bin überzeugt, wenn Sie nur erst einmal einen Versuch gemacht haben, werden Sie begeistert sein!"

„Na, na," der alte Herr lachte, „ganz so schnell würde ich meine Ansichten wohl nicht ändern, denn ich muß offen bekennen, daß mir alle die Neuerungen: Auto, Telephon, Flugsport, ein Greuel sind, das ist gewiß sehr rückständig und pfahlbürgerlich gedacht, doch in dem Alter pflegt man nun mal konservativ zu sein — auch in solchen Kleinigkeiten."

Der junge Fabrikbesitzer schüttelte lächelnd den Kopf. „Was sagen Sie dazu, Gräfin?"

Marianne hatte ihre Handarbeit wieder aufgenommen. „Mein Urteil dürfen Sie nicht anrufen, denn ich befinde mich in der gleichen Lage, wie Väterchen, — ich bin nämlich auch noch nie in einem Automobil gefahren."

„Was?! Aber dann — —" Rößl wurde ganz lebhaft. „Herr Graf, Sie müssen mir eine Bitte erfüllen, wollen Sie? Ja?"

„Erst muß ich wissen, was es ist," meinte Graf Eberhard vorsichtig.

„Nicht mehr und nicht weniger, als daß Sie und die Gräfin mir gestatten, Sie in meinem Mercedeswagen einmal durch den Forst zu fahren, nur eine ganz kurze Spritztour — bitte — bitte —!"

Der alte Herr sah mit einem etwas süßsauren Lächeln zu Marianne hinüber. „Wie denkst Du dazu, Kleine?"

Das junge Mädchen hielt die Blicke auf die Handarbeit gesenkt. „Ja — — ich weiß nicht recht — — —"

„Nun kommt es nur auf Sie an, Herr Graf!"

„Hm, — mit meinen lahmen Knochen?"

„Aber ich bitte Sie, im Auto sitzt es sich doch noch ungleich bequemer als in einem Stuhl, und von Erschütterungen ist überhaupt nichts zu merken auf den weichen Waldwegen, ich verspreche auch, ganz langsam und vorsichtig zu fahren! Also nicht wahr, Sie machen mir die Freude und sagen zu?"

„Lust hätte ich schon — — —"

„Bravo! Bravo! Und wann wünschen Sie zu fahren?"

„Jetzt ist es wohl noch zu heiß, vielleicht so in anderthalb Stunden?"

Marianne stand auf. „Dann bitte ich um Entschuldigung, wenn ich mich inzwischen noch in der Wirtschaft etwas nützlich mache, heute ist nämlich großes Reinemachen, wenn man sich da nicht um alles kümmert, wird eine Unmenge zerschlagen, und für die Fahrt muß ich mich doch auch etwas umziehen."

Rößl wollte protestieren, aber das junge Mädchen huschte schon zur Tür hinaus, — mit einem langen, seltsam flimmernden Blick sah ihr der Fabrikbesitzer nach. Dann wandte er sich wieder an Graf Dassel, der zur Gesellschaft noch eine Tasse Kaffee mittrank.

„Um auf unser Gespräch von vorhin zurückzukommen, Herr Graf, mein heutiger Besuch hatte nämlich einen geschäftlichen Hintergrund — das heißt, ich wollte Ihnen einen Vorschlag machen."

Die Tasse, die der alte Herr in der Hand hielt, zitterte. „Wegen des Grenzwaldes?!"

„Ja, allerdings — — —"

Graf Eberhards massige Gestalt straffte sich, und über das welke, von hundert Fältchen zerknitterte Gesicht lief eine brennende Röte: „Lieber Herr Rößl, über dieses Thema haben wir uns schon bei Ihrem letzten Besuch eingehend unterhalten, und ich kann Ihnen versichern, daß sich meine Ansichten seitdem um keinen Punkt geändert haben, — ich werde nicht schlagen lassen!"

Die letzten Worte schrie er fast, und seine Hände krampften sich so fest um die Armlehnen des Rollstuhls, als wollten sie das Holz zerbrechen.

Der Fabrikbesitzer wiegte bedauernd den Kopf hin und her: „Sie erregen sich ganz unnötig, Herr Graf, ich meine, es kommt doch — und zwar in erster Linie — Ihr Vorteil in Frage, wollen wir die Angelegenheit nicht in aller Ruhe besprechen?" Damit entnahm er seiner juchtenen Brieftasche einen Stoß von Geschäftspapieren und griff nach dem silbernen Bleistift, der an der Uhrkette hing.

Der alte Herr brummte etwas Unverständliches: „Meinetwegen, schießen Sie los — — —"

Georg Rößl faltete einen eng mit Zahlenreihen bedeckten Bogen auseinander: „Sehen Sie, hier habe ich eine genaue Aufstellung aller auf Clanitz ruhenden Lasten: Erste Hypothek zweihundertfünfzigtausend Mark von der Märkischen Kredit- und Diskontobank, die zweite Hypothek von hundertfünfzigtausend Mark und dritte Hypothek von hunderttausend Mark befinden sich in meinen Händen, und schließlich ein am ersten Oktober dieses Jahres fälliger Wechsel über vierzigtausend Mark, der gleichfalls in meinem Besitz ist. Das sind zusammen fünfhundertvierzigtausend Mark, nicht wahr?"

„Aber das weiß ich doch alles!" Graf Dassel zupfte nervös an der Decke herum: „Darüber haben wir ja schon beim letztenmal ausführlich gesprochen".

(Fortsetzung folgt.)

nächsten Jahre erteilt ist), Schüler der Mittelschulen, Lehrerseminare, Präparandenanstalten und Berufsschulen. Die Teilnehmer an den Eisenbahnverkehrskursen in Danzig und Lemberg, die zum Jahrgang 1895 gehören, werden jetzt noch nicht zu den Übungen eingezogen, sondern eventuell erst Mitte Oktober. Die Reservisten, die zu den Fachformationen gehören, wie Sanitätsdienst, Intendantur, Ausrüstung usw., halten die Übungen die ganze Zeit hindurch ausschließlich in den zuständigen Formationen ab. Grundsätzlich werden beim dritten Turnus keine Aufschübe gewährt. Eine Ausnahme bilden: 1. die in Punkt 1 erwähnten Kategorien, 2. bettlägerige Kranke, wenn sie ein Attest des Arztes vorlegen, 3. Reservisten, die mit Rücksicht auf besonders wichtige Familienvorfälle um Aufschub bitten, wobei die Eingaben auf Bescheinigungen von Verwaltungsbehörden 1. Instanz gestützt sein müssen; 4. Reservisten, die das letzte Semester der chemischen Fakultät an den Hochschulen beendigt haben und in Laboratorien das Material für ihre Diplomarbeiten vorbereiten. Eingaben solcher Reservisten muß eine Bescheinigung des Rektors der betreffenden Hochschule beigefügt sein. Alle Gesuche um Aufschub müssen bis zum 10. Juli an das Bezirkskommando eingereicht werden. Die Einberufung solcher Zurückgestellten erfolgt Mitte Oktober. Die zu Übungen eingezogenen Reservisten dürfen nur im Liniendienst verwandt werden. Alle Abkommandierungen zu Außenliniendienst sind untersagt.

Vom Verbande landwirtschaftlicher Genossenschaften in Großpolen T. z. Im Vorstande des Verbandes ist ein Wechsel eingetreten. Ausgeschieden sind die bisherigen Mitglieder Verbandsdirektor Ökonomierat Hüneraský und stellvertretender Verbandsdirektor, Landschaftsrat Telitz. Der neue Vorstand setzt sich folgendermaßen zusammen: 1. Verbandsdirektor Generallandschaftsdirektor a. D. von Klitzing, 2. stellvertretender Verbandsdirektor Direktor der Provinzialgenossenschaftskasse Hallstein und 3. drittes Vorstandsmitglied Geschäftsführer Dr. Reiners.

Polizeipersonalnachricht. Der bisherige Leiter der Posener Kriminalpolizei Dr. Włodek, der dieses Amt vor etwa vier Jahren übernommen hat, ist aus dem Polizeidienst mit dem 1. d. Mts. ausgeschieden und in den Eisenbahndienst bei der Posener Eisenbahndirektion übergetreten.

Besitzwechsel. Die Grundstücke ul. Szamarzewskiego 47/48 (fr. Kaiser Wilhelmstraße) verkaufte Dr. Roman Nawrot durch Vermittelung der Güterkommissionsfirma Max Lewy in Posen an die Frau Zuckerfabrikdirektor Psarska aus Kosten. Die Uebergabe hat bereits stattgefunden.

Dem Verkehr wieder freigegeben. Das Holzpflaster auf dem Teil der ul. Szkolna (fr. Schulstraße) vom Haupteingang zum Stadtkrankenhause bis Petriplatz, war schon stark beschädigt; deshalb hat der Magistrat die Holzstücke entfernen und durch Würfelsteine ersetzen lassen. Gleichzeitig wurden auf beiden Seiten der Strecke die Bürgersteige reguliert. Die Arbeiten sind jetzt beendet und die Straße dem Verkehr wieder übergeben.

Todesfall. Eine in kaufmännischen Kreisen der Stadt Posen und darüber hinaus bekannte Persönlichkeit, der Kaufmann Rudolf Tomaschewski, ist nach langem, schwerem Leiden im 61. Lebensjahre gestorben. Er war als langjähriger Vertreter der Breslauer Firma Reichelt besonders in Apothekerkreisen der ehemaligen Provinzen Posen und Westpreußen bekannt und bekleidete seit einem Jahre bis zum 1. d. Mts. das Amt eines Vorstandsmitgliedes und Direktors beim Apothekerwaren-Einkaufsverein Hafeza. Er gehörte den kirchlichen Körperschaften von St. Lukas seit mehreren Jahren, zuletzt als Kirchenältester, an.

Wieder zwei junge Leute ertrunken! Der Warthegott hat gestern nachmittag gleich zwei Opfer gefordert. Zunächst ertrank beim Baden in der Freibadeanstalt der Warthe der etwa 25jährige Student Kegler, Sohn des Lehrers K. in Rataj; seine Leiche konnte bald geborgen werden. Bald darauf ertrank in derselben Gegend beim Baden der 19jährige Tadeusz Linke, dessen Eltern in der ul. Reja 3 (fr. Charlottenstraße) wohnen. Seine Leiche ist bisher noch nicht geborgen worden.

Wie's gemacht wird. Schon mancher wird sich darüber gewundert haben, daß in den verschiedenen Bäckereien der Brotpreis so sehr verschieden ist. Während der Durchschnittspreis für ein Dreipfundbrot jetzt 7500 M. beträgt, kostet es an vereinzelten Stellen „nur" 6800—6900 M. Doch dieser Preisunterschied ist nur scheinbar. Tatsächlich handelt es sich bei dem „billigeren" Brote stets um solches von geringerem Gewicht. Bei genauerem Hinsehen auf die Auszeichnung bemerkt man nämlich, daß es sich nicht um Brot von 1½ Kilogramm Gewicht, sondern um solches von 1 Kilogr. und 300 Gramm, d. h. um 200 Gramm weniger, handelt. Gegen derartiges Brotgewicht, das zweifellos das Publikum irreführt, sollte die Polizei einschreiten.

Man muß die Feste feiern, wie sie fallen. Dieser Grundsatz wird immer noch von gewissen Leuten vertreten, die sich von der furchtbaren Not der Zeit nichts anhaben lassen. Das bewies ein stattlicher Festzug, der heut, Sonnabend, vormittag durch die Hauptstraßen Posens mit drei Fahnen und unter Vorantritt einer etwa 40 Mann starken Kapelle unter gewaltigem Tsching, Tsching, Tsching und Bumbum Trara nach dem Zoologischen Garten zog. Eigentlich sollte man meinen, daß der Sonnabend zu den Arbeitstagen gehört, und daß man an ihm arbeiten, nicht aber Feste feiern soll. Doch man lernt ja in der Gegenwart mit ihren vielen Unbegreiflichkeiten niemals aus.

Das geheimnisvolle Paket. Am 13. Juni war bei der Gepäckstelle des Hauptbahnhofes ein Paket niedergelegt worden, dessen Eigentümer sich bisher nicht gemeldet hat, das aber neuerdings einen sehr unangenehmen Verwesungsgeruch von sich gab. Als es infolgedessen gestern der Bahnhofspolizei übergeben und von dieser geöffnet wurde, fand man darin eine völlig in Verwesung übergegangene Leiche eines neugeborenen Kindes vor.

Unerwünschten Besuch erhielt in der Nacht zum Freitag das Haus ul. Małeckiego 25 (fr. Prinzenstraße) und ul. Graniczna 1 (fr. Grenzstraße) von einem oder mehreren Einbrechern. Im ersteren Hause waren aus einer zur ebenen Erde belegenen Kammer ein Schinken, eine größere Menge Speck und mehrere Würste, im zweiten aus einem Badezimmer ein Paar neue Schuhe die Beute.

* **Graudenz**, 6. Juli. Wie vor etwa einem Jahr das städtische Parkrestaurant „Waldhäuschen" einen Pächter polnischer Nationalität erhielt, trat auch an Stelle des bisherigen deutschen Pächters des an der Weichsel gelegenen Ausflugslokals „Boeslershöhe" ein Pächter polnischer Nationalität. — Eine ganz bedeutende Erhöhung der Kohlenpreise ist wieder eingetreten. Der Zentner oberschlesische Kohle, der vor wenigen Wochen noch 21 000 Mk. kostete, wird bereits mit 28 000 Mk. bezahlt. Fettkohle für die Gasanstalt soll schon auf 40 000 Mk. zu stehen kommen. Die Gasanstalt schafft jetzt größere Mengen Kohlen auf Vorrat heran. Außerordentlich im Preise gestiegen ist das Petroleum. In kurzer Zeit ist der Preis fast um das Doppelte erhöht worden. Infolge der erhöhten Steuern sind auch die Alkoholpreise sehr in die Höhe gegangen. Manche Likörflaschen, die schon längere Zeit auf Lager sind, mußten schon verschiedene Male versteuert werden. Die Flaschen sind überall mit den Steuerstreifen beklebt.

—m— **Kempen**, 6. Juli. Seit längerer Zeit wurden auf dem hiesigen evangelischen Friedhofe Diebstähle verübt, die in letzter Zeit immer mehr überhand nehmen, ohne daß der Dieb gefaßt werden konnte. In den letzten Tagen wurden die Ruhestätten von Dimni in einem Fall, Buchwald in zwei Fällen und die des Kantors Müller ebenfalls in zwei Fällen bestohlen. Der Kirchendiener Wenzel begab sich nun, um dem Dieb auf die Spur zu kommen, auf die Suche und fand die gestohlenen Sachen auf dem polnischen Friedhofe vor. Der polnische Totengräber sandte darauf durch einen Jungen an Wenzel 10 000 Mark, deren Annahme dieser jedoch verweigerte. Nun begab sich der polnische Totengräber selbst zu Wenzel, gestand ihm, die Diebstähle selbst ausgeführt zu haben und bot ihm 20 000 Mark Schweigegeld, deren Annahme Wenzel wiederum verweigerte. — Im Schalterraum des hiesigen Postamts findet man ein großes Reklameplakat des hiesigen „Sokolvereins" für ein Vergnügen. Dagegen sucht man ein Plakat mit dem neuen Portotarife vergeblich. — Ein Dreipfund-Brot, das bis vor kurzem noch 4800 Mark kostete, kostet seit 3 Tagen 8000 Mark.

* **Neutomischel**, 5. Juli. Seit Dienstag kostet das Vierpfundbrot schon 8000 M., die Semmel 500 Mk. in hiesiger Stadt. Man spricht sogar, daß das Brot bald mit 12 000 Mk. bezahlt werden muß. Nette Aussichten!

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lemberg**, 5. Juli. In den Morgenstunden veranstaltete die hiesige Polizei eine Razzia unter den Valutaschiebern auf dem hiesigen Bahnhofe. Es wurden einige Valutaschieber verhaftet, bei denen fremde Währung in Gold und Silber im Werte von vielen Milliarden aufgefunden wurden.

* **Warschau**, 6. Juli. Neue Richtpreise für Lebensmittel sind, wie die „Gazeta Warsz." mitteilt, hier festgesetzt worden. Die Vertreter des Handels hatten wesentlich höhere Preise beantragt. Bis auf weiteres kostet ein Liter Milch 1800 bis 2000 M., das Kilo Butter 34 000 M., wenn die Stücke besonders verpackt sind, lose Butter ist 20 Prozent billiger. Die Käsepreise bleiben unverändert, die Eierpreise sind gestiegen, und zwar auf 800 M. für das Stück. Von den Vertretern des Handels wurde besonders darauf hingewiesen, daß die Tarifpolitik der Eisenbahn die Preise außerordentlich verteuere. Während vor dem Kriege die Eisenbahntarife für Lebensmittel nur etwa 4 Prozent des Wertes der Waren betrugen, seien die Tarife jetzt bis auf 25 Prozent gestiegen. Auch sonst wurden verschiedene Wünsche vorgebracht, die nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen. In Wirklichkeit dürften weder die Tarife entsprechend herabgesetzt werden, noch dürfte für die angegebenen Preise allzuviel zu haben sein. Denn die im Schleichhandel verlangten und gezahlten Preise sind stets erheblich höher, als die amtlichen Richtpreise.

Sport in Posen.

Beginn der Sommersaison in Ławica. Am kommenden Sonntag, dem 15. d. Mts., nehmen in Ławica die sommerlichen Pferderennen ihren Anfang. Weitere Renntage sind der 18. und der 22. Juli. Am Eröffnungstage werden, wie üblich, 2 Hindernisrennen, 2 Flachrennen, 1 Hürdenrennen und 1 Jagdrennen gelaufen. Der Preismultiplikator ist auf 20 festgesetzt worden. Auch sind zahlreiche Ehrenpreise vorgesehen.

Der Fußballmeister von Lodz (Ł. K. S.) spielt am Sonntag gegen „Warta", den Meister Großpolens, der auf seiner Elsaß-Tournee siegreich gewesen ist. Die Hochform der Posener, die besonders in dem letzten Sonntagsspiel gegen „Unja" zutage trat (12 : 1), läßt einen guten Sieg von „Warta" erwarten. Das Spiel beginnt um 5½ Uhr auf dem Warta-Platz.

Börsen.

Warschauer Vorbörse vom 7. Juli.

Deutsche Mark in Warschau 0,40
Dollar in Warschau ...... 107 500—108 000
Englische Pfund in Warschau 497 000
Französischer Franken in Warschau . 6319
Schweizer Franken 18 800

Warschauer Börse vom 6. Juli.

Devisen.

Belgien	5380,	Paris . .	6390,
Berlin	0,58,	Prag . .	3260,
Danzig	0,58,	Schweiz .	18 750,
London	496 000,	Wien . .	—,—,
Neuyork	109 000,	Italien .	4700.

Danziger Mittagskurse vom 7. Juli.

Die polnische Mark in Danzig 150
Der Dollar in Danzig 230 000

Kurse der Posener Börse.

Bankaktien:	6. Juli	5. Juli
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VII. Em.	10 000	10 000
Bank Poznański I.—II. Em. . . .	—,—	4250
Bank Przemysłowców I. Em. o. K.	11 000—10 000	11 000—10 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	27 000	26 000—25 000
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	13 000	13 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	2700—2800	2850—2800
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	1300—1350	1300
Bank Młynarzy	2000	—,—
Bank M. Stadthagen-Bydgoszcz I.—IV. Em. (exkl. Kup.) . .	18 000	—,—
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em.	20 000—22 000	—,—
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em. .	5000	—,—
R. Barcikowski I.—IV. Em. o. Bezr.	—.—	6000
Browar Krotoszyński I.—IV. Em. .	70 000	75 000—70 000
Brzeski Auto I.—II. Em.	8000	8500
H. Cegielski I.—IX.	7000-6700-6800	7000—6700
Centrala Skór I.—IV. Em. (o. Bzr.)	—,—	9500
Cukrownia Zduny I.—II. Em. . .	150 000	—,—
C. Hartwig I.—V. Em.	4800—5000	4800
Hartwig Kantorowicz I. Em. . . .	75 000	65 000—70 000
Hurtownia Związkowa I.—III. Em.	1600	—,—
Hurtownia Skór I.—III. Em. . .	5000	—,—
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Bzr.	24 000—25 000	24 000
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	—,—	8000—7500
Iskra I.—III. Em.	25 000—28 000	21 000—22 000
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	275 000-280 000	270 000-275 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. . .	120 000-115 000	110 000-115 000
Pneumatik	3100	3400-3200-3300
S. Pendowski I. Em.	11 000	—,—
Płótno I.—II. Em.	16 000—15 000	14 000—15 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—III. Em.	8500	—,—
Patria I.—VIII. Em.	9000	9000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. Em. (ohne Bezugsrecht)	21 000—20 000 —21 000	21 000—20 000
Bracia Stabrowscy (Zapałki) I. Em.	20 000—30 000	—,—
Spółka Stolarska I.—II. Em. . .	45 000	45 000
Sarmatia I.—II. Em.	12 000	12 000
Tkanina I.—IV. Em.	12 000—12 500	11 500—12 000
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	39 000—40 000 —39 000	39 000—38 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em. (ohne Kup.) 21 u. 22	15 000	—,—
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em. . .	54 000—55 000	54 000
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em. ohne Bezugsrecht	3400—3200	3300
Wyroby Ceramiczne I. Em.	33 000	33 000
Zjedn. Browar. Grodziskie I.—II. Em.	38 000—36 000	36 000—38 000

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 7. Juli 1923.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	450 000—470 000	Roggenmehl 70% (inkl. Säcke)	360 000—390 000
Roggen	250 000—260 000	Hafer	265 000—275 000
Braugerste . .	210 000—230 000	Weizenkleie . . .	130 000
Weizenmehl 65% (inkl. Säcke)	600 000—660 000	Roggenkleie . . .	130 000

Marktsituation im allgemeinen unverändert. — Tendenz: schwächer.

Berliner Börsenbericht

vom 6. Juli.

Disk.-Komm.-Anleihe	675 000.—	Polnische Noten	133.—
Danz.-Priv.-Aktienbank	180 000.—	Auszahlung Holland . .	69 000.—
Hartmann Masch.-Akt.	500 000.—	„ London .	800 000.—
Phönix	1 750 000.—	„ Neuyork .	176 000.—
Schuckert	1 900 000.—	„ Paris . . .	10 800.—
Hapag	1 400 000.—	„ Schweiz . .	30 400.—
3½% Pos. Pfandbriefe	—.—	Ungarische Goldrente . .	—.—
Auszahlung Warschau	133.—		

Bilanz der Diskontogesellschaft für 1922.

Der Rohgewinn der Diskonto-Gesellschaft für 1922 beträgt 13 123 042 378 M. gegen 678 995 261 M. für 1921. Nach Abzug der Verwaltungskosten im Betrage von 6 218 040 184 Mark gegen 391 220 520 M. im Jahre 1921 und der Steuern mit 2 115 638 170 M. gegen 59 251 728 M. im Vorjahre verbleibt ein Reingewinn von 4 789 363 982 M. Die Verwaltung schlägt vor, dessen Reingewinn wie folgt zu verwenden: 2 Milliarden auf eine besondere Reserve, 250 Prozent Dividende und 7 778 884 M. Vortrag auf neue Rechnung.

Barometer der Devisen in Polen.

Leider sind wir erst heute in der Lage, die bereits im Monat Mai begonnenen statistischen Zusammenstellungen der Devisenbewegung in Polen zu vervollständigen. Die Entwicklung der Mark kennen wir im großen ganzen, soweit unser persönliches Interesse in Frage kommt. Die reine, übersichtliche Erkenntnis der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge ruft uns erst die statistische Zusammenstellung ins Gedächtnis. Unsere Leser werden sich erinnern können, daß wir als Grundindexzahl für dieses Quartal die Kurse vom 29. März gleich hundert gesetzt haben. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir auch jetzt die Tabellen fortgeführt und unseren Index errechnet.

Die erste Tabelle zeigt uns sehr interessante Bewegungen, die sich an der Warschauer Börse stabil zeigen. Aber diese Ruhe ist nur in den ersten beiden Dekaden vorherrschend. Stetig gleitend hat der Sturz der deutschen Mark an dem Weltmarkt eingesetzt und stetig weiter und energischer, zieht der Sturz der deutschen Mark die Polenmark nach sich. Es ist ganz merkwürdig klar und deutlich aus den Zahlen zu ersehen, wie sehr doch die Warschauer Börse auf die Berliner Börse reagiert. Dieselbe Feststellung haben wir bereits in unserer ersten Tabelle (siehe „Pos. Tagebl." Nr. 97 vom 29. 4. 23) gemacht. Zwischen den Zahlen aber sieht der aufmerksame Beobachter noch das rein politische Bild. Nämlich wie der französische Franken bewertet wird und wie das englische Pfund bewertet wird. An diesen Spannungen sehen wir den Verkehr und die Sympathie des einen Landes zu dem anderen. Trotzdem führt ein noch besserer Zug zur Tschechenkrone hin, der darauf schließen läßt, daß ein reger Wirtschaftsverkehr zwischen diesem Lande und Polen besteht. Die erste Tabelle zeigt uns nun die Vorbereitungen an der Börse im Monat Mai auf die Katastrophe im Monat Juni.

Zahl	Devisen	1. Dekade 1. 5. bis 5. 5.	2. Dekade 7. 5. bis 12. 5.	3. Dekade 14. 5. bis 18. 5.	4. Dekade 22. 5. bis 26. 5.	5. Dekade 28. 5. bis 30. 5.	Durchschnitts-Index
1	Dollar . . .	110	108	108	120	126	114,4
2	Pfund Sterling	104	105	105	113	122	109,8
3	Frank franz. .	110	109	111	118	124	114,4
4	„ belg. .	112	112	113	120	124	116,2
5	„ schweizer	105	106	106	115	118	110
6	Mark deutsche .	70	62	54	48	45	55,6
7	Krone österr. .	108	106	108	116	119	111,4
8	„ tschech. .	111	111	112	120	125	115,8
9	Gulden holl.	112	113	114	120	125	116,8

Zeigte uns diese Tabelle das Vorspiel zu der großen Wirtschaftstragödie, so sehen wir in dieser Tabelle vom Monat Juni nun die Tragödie selbst, von der wir uns nicht so schnell erholen werden. Auch das in der Tabelle deutlich ersichtliche Devisenverbot und seine Wirkung wird daran nichts ändern. In dieser Tabelle sehen wir, wie die deutsche Mark sich nur noch ganz geringfügig in Warschau abwärts bewegt, während die Edelvaluten in geradezu erstaunlicher Weise in die Höhe schnellen, als wollten sie den Vorsprung, den die deutsche Mark im vergangenen Monat machte, nachholen. Interessant ist, daß der Dollar allein den höchsten Durchschnittskurs erreichte, während das englische Pfund eine Spannung von 15 Punkten zeigt. Als zweithöchst bewertete Valuta ist hier die Tschechenkrone neben dem Schweizer Frank, der dem belgischen Frank nur um ⅒ Punkte voraus ist.

Zahl	Devisen	1. Dekade 1. 6.—9. 6.	2. Dekade 11. 6.—16. 6.	3. Dekade 18. 6.—[illegible]. 6.	4. Dekade 25. 6.—30. 6.	Durchschnitts-Index
1	Dollar	141	196	314	241	223
2	Pfund Sterling	131	186	293	222	208
3	Frank franz. .	131	190	290	217	207
4	„ belg. . .	138	192	290	217	209,2
5	„ schweizer	125	191	300	222	209,5
6	Mark deutsch .	40	43	46	38	41,7
7	Krone österr. .	131	174	290	226	205,3
8	„ tschech. .	140	185	290	236	212,7
9	Gulden holl. .	—	—	—	—	—

Dafür wird nun der Monat Juli uns eine „stabile" polnische Mark zeigen, so sagen uns wenigstens die offiziellen Börsenberichte. Diese stabile Mark ist jedoch nichts Greifbares, da die Entwertung im Inlande ungehindert weiter geht. Der Monat Juli wird uns das Wirtschaftsbild Polens nicht mehr so zeigen wie die Monate, in denen noch die Börse das Barometer war. Wir werden uns andere Wege suchen müssen, um ein anschauliches und wirklichkeitsgetreues Bild zu bekommen. Die Börsen in Polen sind nunmehr in dieser Richtung nicht mehr für die Anschaulichkeit im Wirtschaftsleben maßgebend. Desto deutlicher werden wir es bei den Aktienzahlen zu sehen bekommen. Setzt allerdings die Tätigkeit der Devisenkommission fruchtbringend ein, so kann sich das allgemeine Bild noch sehr zugunsten einer guten Kontrolle verschieben.

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Die Wirtschaftswoche.

Die Frage, die das polnische Wirtschaftsleben heute am meisten bewegt, ist die gegenwärtige Durchführung der Devisenverbotsverordnung. Welchen ungeheuren Einfluß dies auf die Entwickelung der Industrie und des Handels hat, das will im Augenblick nicht so stark einleuchten. Aber als Wertmesser für diese Lage haben wir etwas anderes, was beinahe bedrückend geworden ist und noch immer bedrückender wird. „Die Börse ist tot — es lebe die Börse!" ruft man bereits allerorten. Was früher sich im Stand des Dollars ausgeprägt hat, nämlich ob unsere Mark überhaupt noch vorhanden ist, das ist jetzt glücklich für eine Weile abgeschafft. Dafür aber hat sich ein anderes Barometer bemerkbar gemacht. Der Dollar steht stabil — so sieht es wenigstens aus —, der Dollar ist kein Barometer mehr. Jetzt ist eine andere Linie zu beachten, die sich im Wirtschaftsleben deutlich zeigt: die Teuerung.

Was nützt uns das herrlichste Devisenverbot, was nützt uns die beste Arbeit der Polizei beim Ausheben der schwarzen Börse! Was nützt es uns, wenn in der Zeitung zu lesen ist, daß der Dollar seit über acht Tagen auf einem Preisniveau steht, und daß er nicht steigt, sondern sich „stabilisiert", wenn dabei die Kosten für den täglichen Bedarf in wahnsinniger Aufwärtsbewegung sich befinden. Also macht es doch nicht das Devisenverbot, daß wir jetzt die Lebenskosten billiger haben, — trotz Devisenverbot geht die Teuerung weiter und mit dieser Teuerung die Entwertung der Mark.

Wir mögen die Menschen bewundern, die das nicht sehen wollen, oder die es nicht glauben, was heute jedem Kinde einleuchtend ist, — so krasse Fälle haben wir lange nicht mehr erlebt. Von Tag zu Tag jagen die Preise in die Höhe, und nicht etwa nur um langsam ansteigende Summen, sondern um 50 und mehr Prozent von einem Tage zum andern. In die große Menge des arbeitenden Volkes, das von einer wöchentlichen oder monatlichen Bezahlung lebt, ist in der letzten Woche große Beunruhigung getragen worden. Denn die Löhne, die vor etwa zwei Monaten einen einigermaßen sicheren Lebensunterhalt garantierten, sind heute um etwa 10 Prozent erhöht worden, während aber die Kosten für Lebensunterhalt — von allen anderen Dingen sehen wir ab — sich mindestens um 150 bis 200 Prozent erhöht haben. Wenn heut ein Angestellter sein Monatsgehalt am ersten des Monats erhält und sich nicht sofort für das ganze Geld Lebensmittel kauft, wobei er das Risiko des Verlustes durch Verderben oder Diebstahl auf sich nehmen muß, so ist er bereits in der Mitte des Monats kaum noch in der Lage, sich etwas zu kaufen, mag er auch der sparsamste Mensch sein. Oder aber, er wird, wenn Gelegenheit dazu vorhanden sein sollte, der Spekulation in die Arme getrieben, um seine geringen Einnahmen etwas aufzubessern.

Und so sehen wir ja auch, wenn wir uns einmal die Börsenzettel der Effektenbörsen ansehen, wie die Lage heute sich darstellt. Die Kurse, die bereits in die hunderttausend Prozent gehen und mitunter von Tag zu Tag in großen und energischen Auf- und Abwärtsbewegungen schwanken, sind nicht etwa dazu angetan, eine hoffnungsfreudige Zukunft zu verheißen. Auf den Kurswogen der Börse sind Industrie und Handel heute nur noch ein kleines Schiff. Heute werden Industrie und Handel im Strudel durch die großen Bewegungen gejagt, und willenlos beinahe steuern die führenden Männer, während ihnen eine unbekannte Macht die Hände führt.

Wir können hinsehen, wohin wir nur mögen: hoffnungslos beinahe — — denn der Retter ist weit, und der Retter kommt nicht, so lange Haß und chauvinistisches Rachegeschrei eine Mauer baut, die zwar nichts hereinläßt, was der Seele unzuträglich wäre, aber daneben auch das noch ausschließt, was uns zu Nutz und Frommen ist. Aber man sagt uns ja immer von neuem, daß es besser sei, den Hungertod zu sterben, als jemals nur eine Konzession zu machen, und sei sie auch wie eine Ameise so klein.

Vorläufig zeigt sich das Wirtschaftsleben als der reine Hexensabbat. Alle Verbesserungen sind nur Verböserungen, und wenn heute eine Arbeit in Angriff genommen, ein Kardinalfehler bekämpft wird, so haben wir morgen mehr als zehn an dessen Stelle. Der berühmte Kampf mit der Hydra. Auf den Herkules wartet ganz Europa, nicht nur Polen allein. Herr Poincaré ist der Herkules sicher nicht, wenn er auch so scheint; er gehört zu den Zwergen, die sich unter den Schutz dieser Hydra gestellt zu haben glauben. Aber trügerisch ist dieser Schutz, denn der Pesthauch, der durch Europa zu ziehen beginnt, wird auch ihn verderben, den Mann, der zwar die Keule des Herkules trägt, mit der er aber nichts anzufangen weiß.

Bei uns in Polen gibt es öffentliche Pressemeinungen, die die Tragödie unseres Landes beschönigend sehen und die von nüchternen Erwägungen überhaupt nicht mehr geführt werden. Und je chaotischer sich das Leben um sie gestaltet, um so blinder werden sie, um so weniger richten sie ihre Augen nach dem Leuchtturm der nüchternen Meinung und der eigenen Kraft. Ein Irrlicht tanzt vor ihnen her, ein Irrlicht des Hasses, der Unvernunft und des politischen Fanatismus. Und daß dieses Irrlicht in Sumpf und Moor führt, wissen sie, aber sie gehen ihm nach, weil man dabei so schöne romantische Seitensprünge machen kann.

Die Geduldsbecher Europas sind bald leer. Bisher war der Trank noch trinkbar — aber der Rest ist schlimmer als Wermut. Man sollte doch aufhören und endlich einmal vernünftig werden, — auch dann, wenn Frankreich es nicht will —, denn die Tage des französischen Ruhms gehen auch zur Neige, wie ja alles auf dieser Erde zur Neige geht. rs.

Die neuen Devisenvorschriften.

Finanzminister Grabski wollte einerseits der überhandnehmenden Spekulation entgegentreten, andererseits einen Vorrat an fremden Valuten und Devisen schaffen und hat, um dies zu erreichen, das radikale Mittel der Suspendierung der Rechte der Devisenbanken angewendet. Dadurch konnte tatsächlich die P. K. K. P. mit fremden Zahlungsmitteln versehen werden, aber gleichzeitig hatte dieses Vorgehen eine Stagnation und sogar den Beginn chaotischer Zustände im wirtschaftlichen Leben zur Folge, da dieses naturgemäß mit dem Auslandsverkehr eng verbunden ist. Ein solcher Zustand konnte selbstverständlich nicht längere Zeit andauern, ohne die gesamte Wirtschaft des Staates auf das schwerste zu erschüttern. Deshalb berief das Finanzministerium eine Konferenz der Warschauer Banken ein, in der beschlossen wurde, zur alten Konzeption mit gewissen Änderungen zurückzukehren. Im Sinne dieser Entschlüsse ist den bisher beteiligt gewesenen Banken das Devisenrecht zurückverliehen worden. Die Banken können unter denselben Bedingungen wie früher Anmeldungen auf Grund von Fakturen, Frachtbriefen, Nachweisungen von Zahlungen, Pässen, die letzteren aber belegt mit ärztlichen Zeugnissen oder Bestätigungen der Handels- und Gewerbekammern, annehmen. Es wurde nur die Änderung eingeführt, daß die Banken nicht selbständig Devisen und Valuten zuweisen, sondern die Anforderungen ihrer Klienten der Devisenkommission vorlegen müssen. Erst die Devisenkommission erteilt den Auftrag der Zuweisung der fremden Valuten oder lehnt die Zuweisung ab. Die Grundsätze, die für die Entscheidung der Devisenkommission maßgebend sein sollen, sind folgende:

In erster Linie sind die Bedürfnisse der Industrie zu befriedigen, zum Beispiel für die Anschaffung von Rohstoffen, dann die Bedürfnisse des Handels und das unbedingt bei Geschäften, die vor dem 20. Juni l. J. abgeschlossen worden sind, und erst in dritter Linie für laufende Handelsgeschäfte, Reisen und andere Zwecke. In den letzteren Fällen wird sich die Kommission durch die wirtschaftlichen Vorteile und Notwendigkeiten leiten lassen. Sie wird somit fremde Zahlungsmittel für den Bezug von Luxuswaren oder anderer Waren verweigern, die man ohne Schaden für das tägliche Leben entbehren kann, und schließlich auch für Waren, die auch in Polen hergestellt werden. Unbedingt wird die Zuweisung von fremden Zahlungsmitteln verweigert werden für den Bezug von Parfüms, Orangen, amerikanischen Nüssen, Mehl und dergl.

Das Finanzministerium hat auch den Handel mit Valuten und Devisen der Banken untereinander verboten. Das Finanzministerium hat aber den Ankauf von fremden Valuten und Devisen von Privatpersonen gestattet, ohne Verpflichtung, sich über deren Herkunft zu informieren. Die Banken dürfen aber für dieselben höchstens den Geldkurs vom vorhergehenden Tage zahlen.

Dies sind die hauptsächlichsten Änderungen der bisherigen Devisenvorschriften.

Geldwesen.

≡ **Deutsche Pfandbriefe.** Zwischen der Bank Komunalnych Kasa Oszczędnosci in Posen und der deutschen Pfandbriefanstalt in Posen, Sitz Berlin, ist in Berlin ein Vertrag geschlossen worden, auf Grund dessen das ganze in Polen befindliche bewegliche und unbewegliche Vermögen samt den Hypotheken der deutschen Pfandbriefanstalt in Posen in den Besitz der Bank Komunalnych Kasa Oszczędnosci übergeht. Die Pfandbriefanstalt hat die Verpflichtung der Abzahlung der von der deutschen Pfandbriefanstalt ausgegebenen Obligationen anerkannt. Bei der Festsetzung des Preises hatten beide Parteien die Streitfrage im Auge, ob das Vermögen der früheren deutschen Pfandbriefanstalt ausschließlich deutsches Vermögen oder ausschließlich polnisches Vermögen sei. Da in dieser Frage keine Verständigung erzielt werden konnte, wurde ein beide Seiten befriedigendes Kompromiß geschlossen. Der Vertrag ist vom Minister Olszowski, dem jetzigen Berliner Gesandten, und dem Ministerialdirektor von Stockhammer bestätigt worden.

≡ **Die Posener Devisenkommission,** zu der von seiten des Finanzministeriums der Delegierte für Devisenfragen und Direktor der Posener Zweigstelle der Polnischen Landesdarlehnskasse, F. Wardejn und sein Vertreter Dr. Liebek, von seiten der polnischen Landesdarlehnskasse der Vizedirektor W. Kornecki und seine Vertreter A. Jaraczewski und L. Stanislawski, von seiten des Bankenverbandes, der Handels- und Industriekammer und des Börsenvorstandes Dr. Bajoński, Direktor Adamczewski, Dr. Pernaczyński, Direktor Maciejewski, Direktor Kratochwill, Dr. Ziolecki, Dr. Lisocki und Direktor Urbański gehören, wird dreimal in der Woche zusammentreten, um Anträge über die Zuweisung von Auslandsvaluten, die unter Vermittlung der Devisenbanken vorgelegt werden, prüfen und entscheiden.

≡ **Eine Entscheidung.** Es ist eine alte Tatsache in diesen Zeiten der steigenden Devisenkurse, daß bei steigender Tendenz oft Zahlungsverweigerung geübt wird, wenn ein Geschäft in festen Devisen abgeschlossen wurde. Auch hier in Polen kommt dies oft genug vor. Es ist nun interessant, über einen solchen Fall die Entscheidung der Kammer für Handelssachen (VIII.) des Landgerichts Köln zu lesen, die am 14. Mai 1923 gefällt worden ist. Diese Entscheidung behandelt die gerade gegenwärtig sehr aktuelle Frage, ob der Käufer berechtigt ist, die Zahlung bei steigenden Devisenkursen zu verweigern, bei welcher als Basis für die Berechnung der jeweilige Dollarstand von beiden Parteien als maßgebend festgesetzt wurde. Der Käufer führte als Einwände folgende vier Argumente an: Es handele sich um einen Verstoß gegen die Preistreibereiverordnung vom 8. Mai 1918, es handle sich ferner um Wucher, es sei ein derartiger Vertrag als ein Spielgeschäft zu betrachten und demzufolge ungültig, es verstoße eine derartige Abmachung gegen die Grundsätze von Treu und Glauben. In den Entscheidungsgründen heißt es u. a.: Die Klägerin stützt ihre Klage auf die Vereinbarung über die Bezahlung des Kaufpreises, wie sie durch das Schreiben der Klägerin vom 12. Oktober und die telegraphische Bestätigung der Beklagten vom 14. Oktober 1922 zustande gekommen ist. Die Einreden, die die Beklagte dem Vertrage entgegensetzt, entbehren der Begründung. Von einem Spiel, wie es die Beklagte in der Abmachung erblickt, kann deshalb keine Rede sein, weil ein Spielgeschäft sich von einem klagbaren Rechtsgeschäft dadurch besonders unterscheidet, daß ihm ein ernster, sittlicher oder wirtschaftlicher Zweck fehlt, die Vereinbarung der Parteien aber in erheblicher Weise die Erreichung eines wirtschaftlichen Zweckes zum Gegenstand hat. Denn die Beklagte erhielt durch die Vereinbarung das Recht, die endgültige Zahlung einer Ware, die sie schon Mitte September erhalten hatte, aber erst Mitte November verwerten konnte, hinauszuschieben. Dagegen sollte die Klägerin durch eine Gegenleistung, welche durch die dauernde Veränderung des Wertmessers am Tage der Zahlung dem Wert der Ware entsprach, sichergestellt werden. Ergab sich am Tage der endgültigen Regulierung eine Besserung der Mark, so sollte dies der Beklagten zugute kommen. Die Parteien sind von der richtigen Voraussetzung ausgegangen, daß bei dem Schwanken der Markkurse die Mark kein ausreichender Wertmesser mehr ist, wenn die Bezahlung der Ware nicht gleich beim Abschluß des Vertrages Zug um Zug gegen Lieferung erfolgt, sondern aus irgendwelchen Gründen hinausgeschoben wird, und haben die Ware nach dem Dollar, der keinen erheblichen Schwankungen unterliegt, statt nach der deutschen Mark bewertet. — Damit entfällt auch die Ausführung der Beklagten als unrichtig, daß die Vereinbarung gegen die Preistreibereiverordnung vom 8. Mai 1918 verstoße und deshalb nichtig sei. Denn wenn, wie ausgeführt, die Klägerin durch die Vereinbarung nur ein Äquivalent für die spätere Bezahlung des Kaufpreises erhielt, dann liegt die Voraussetzung für die Anwendung der Preistreibereiverordnung, daß ein übermäßiger Gewinn erstrebt werden muß, nicht vor. Ebenso erledigt sich damit die Einrede des Wuchers, den die Beklagte erhebt, und die zu ihrer Begründung erfordern würde, daß Leistung und Gegenleistung der Parteien in einem Mißverhältnis zueinander gestanden haben. Was schließlich die Beklagte in der Hinsicht vorbringt, daß sie durch Irrtum, durch arglistige Täuschung der Klägerin und durch Zuwiderhandlungen derselben gegen die Grundsätze von Treu und Glauben zur Eingehung der Vereinbarung bestimmt worden sei, so ist dies schon deshalb unbeachtlich, weil Irrtum und arglistige Täuschung nicht ohne weiteres, sondern erst auf erfolgte Anfechtung hin die Nichtigkeit des durch sie herbeigeführten Geschäftes verursachen und weil ein Verstoß gegen die Grundsätze von Treu und Glauben nur dann die Nichtigkeit eines Geschäftes herbeiführt, wenn das Geschäft selbst gegen die guten Sitten verstößt. — Eine Anfechtung wegen Irrtums und arglistiger Täuschung hat, so heißt es in der Entscheidung weiter, auf seiten der Beklagten nicht stattgefunden. Tatsachen, die ergeben, daß das Geschäft gegen die guten Sitten verstoße, sind nicht vorgebracht worden. Damit rechtfertigt sich der Klägerin Forderung.

Handel.

♂ **Die Intervention des polnischen Finanzministers auf dem Produktenmarkt** wird in einem Teil der polnischen Presse, namentlich der Provinzblätter, scharf kritisiert. So bemerkt der „Dziennik Pozn.", daß normale und tatsächliche Preisnotierungen dadurch gar nicht erreicht würden. Die Ursachen der dauernden Preisschwankungen seien auf das mangelhafte Funktionieren der polnischen Produktenmärkte überhaupt zurückzuführen. Es müsse vor allen Dingen ein normales (d. h. wohl gleichmäßiges) Preisnotierungssystem eingeführt werden. Bisher hätten die Märkte nur die Funktionen der sog. Orientierungsnotierungen ausgeübt. Das werde auch so lange bleiben, wie nicht amtliche Transaktionen auf den Märkten durchgeführt werden. Die Börsengeschäfte werden nicht mit Hilfe von Maklern vollzogen. Die Vornahme der Notierungen mit Hilfe der Makler sei aber eine unerläßliche Reform.

♂ **Der polnisch-russische Grenzhandel** scheint in letzter Zeit wieder etwas lebhafter zu werden, nachdem er bekanntlich seit einer Reihe von Monaten durch besonders scharfe Grenzüberwachungsmaßnahmen fast ganz unterbunden war. „Kurjer Poranny" meldet wenigstens, daß in diesen Tagen ein größerer Transport polnischer Waren an der russischen Grenze erwartet werde, wobei es sich hauptsächlich um chemische Erzeugnisse, Petroleumlampen und Primusbrenner handeln soll.

Industrie.

⊙ **Für die Gründung neuer Seifenfabriken in Polen** tritt in lebhafter Weise die „Gazeta Warszawska" ein, die sich dabei heftig gegen die bisherige deutsche Konkurrenz auf dem Gebiete der Seifenindustrie wendet, weil sie angeblich unter dem Deckmantel polnischer Firmen den polnischen Seifenmarkt vollständig beherrsche. In die Irre geht das genannte Blatt allerdings, wenn es als Beispiel die Firma Georg Schicht in Aussig, das bekanntlich in Böhmen liegt, anführt, die unter der Bezeichnung „Saturnia" in Polen eine Seifenfabrik gegründet und dadurch einen dominierenden Einfluß auf den polnischen Markt gewonnen habe.

⊙ **Kredite für die Lodzer Industrie.** In der Zentrale der Polnischen Landesdarlehnskasse in Warschau hat in der vorigen Woche eine Beratung des Delegierten der Lodzer Industriellen mit Direktor Makowiecki stattgefunden, welche die Festlegung von Grundsätzen für die Erhöhung der Diskontkredite zum Ziel hatte. Zur Grundlage wurde, wie die „Lodzer Freie Presse" meldet, die letzte revidierte Kreditliste angenommen. Es wurde festgestellt, daß die Erhöhung der Kredite, mit Rücksicht auf den verschieden hohen Grad der Inbetriebsetzung der Fabriken nicht für alle Fabriken gleich hoch gehalten sein könne. Als normaler Betriebsgrad wurde eine Arbeitsschicht (8 Stunden täglich) angenommen und laut dieser die Erhöhung der Kredite festgesetzt. Außer dieser Generalerhöhung, die den Wertrückgang der polnischen Mark ausgleicht, wurden vereinzelt gewissen erstklassigen Industriewerken die Kredite über die Durchschnittsnorm hinaus erhöht. Von seiten der Zentralbehörden wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die weitgehenden Zugeständnisse der Regierung der Industrie gegenüber eine gründliche Gesundung der Erzeugung herbeiführen und die Einleitung einer neuen Ära in der Entfaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse bilden werden. — Im Zusammenhang mit den von den Industriellen im Finanzministerium und in der Polnischen Landesdarlehnskasse in Warschau abgehaltenen Beratungen sandten die Industriellen dem Finanzministerium statistische Angaben ein, laut welchen angesichts der um das drei- und vierfache gestiegenen Betriebskosten und Preise für Rohstoffe, eine Erhöhung der Diskontokredite in der Polnischen Landesdarlehnskasse gefordert wird. Das Finanzministerium wird nach Einsichtnahme über diese Frage entscheiden.

Wirtschaft.

♀ **Das polnische Spiritusmonopol.** Bekanntlich wird ein Gesetz über das Spiritusmonopol vorbereitet und das Finanzministerium hat zu diesem Zwecke eine Konferenz abgehalten, um die Meinung der verschiedenen interessierten Parteien zu hören. In dieser Konferenz waren sämtliche Organisationen, die in mittelbaren und unmittelbarem Kontakt mit der Spiritusproduktion stehen, sowie einige hervorragende Kenner des Wirtschaftslebens vertreten. Das Finanzministerium stellte prinzipielle Fragen, zu denen die verschiedenen Organisationen Stellung nahmen.

„Welchen Umfang soll das künftige Spiritusmonopol nehmen?" Die Zentralorganisation der polnischen Spiritusindustrie hat die Stellung eingenommen, daß die Wirksamkeit des Spiritusmonopols stufenweise so weit auszudehnen wäre, wie seinerzeit das russische Monopol. Die Organisation der Likörfabrikanten vertrat den Standpunkt gegen das Monopol überhaupt und gegen die Regelung der Spiritusangelegenheit im allgemeinen. Dieser Standpunkt ist vom Gesichtspunkt der Likörfabrikanten berechtigt, doch würde es vom Standpunkt der allgemeinen Wirtschaft angesichts der kolossalen Überproduktion in Spiritus, die in der nächsten Zeit zu erwarten ist, einen bedeutenden Schaden für das Inland sowie für die Landwirtschaft bedeuten. Die Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen unterstrichen mit Recht, daß die Frage der Brennereien nicht gesondert, sondern nur im Zusammenhang mit der Angelegenheit der Hebung der landwirtschaftlichen Kultur behandelt werden könne. Hieraus ergibt sich die zweite Frage, die seitens des Ministeriums gestellt wurde: „Wie die Produktion zu behandeln wäre, welche den inländischen Konsum übersteigt." In dieser Frage vertraten die Redner sämtlicher Parteien einstimmig den Standpunkt, daß der Überschuß für den Export privater Handelsorganisationen unter strengster Kontrolle des Finanzministeriums zu stellen wäre.

Nicht einheitlich war die Antwort auf die dritte Frage: „Auf welche Weise das Spirituskontingent festzusetzen wäre." Der Meinungsunterschied war darauf zurückzuführen, daß die Vertreter der Industriebrennereien gar keine Beschränkung wünschen, während die Vertreter der landwirtschaftlichen Brennereien sich für eine gewisse Festsetzung des Kontingents aussprechen.

Auf die vierte Frage: „Welche Prinzipien bei der Festsetzung der Preise zu entscheiden hätten", waren die Antworten sehr ähnlich. Die für das Spiritusmonopol obligatorischen Preise sollen die Kosten der Produktion der mittleren Brennereien decken und das Nebenprodukt bei der Spirituserzeugung als Gewinn für den Produzenten verbleiben. Die Anwesenden sprachen sich auch gegen die Festsetzung der Gebühren für die Rektifizierung des Spiritus durch das Gesetz aus. Diese Angelegenheit soll im Wege der Vereinbarung zwischen dem Monopol und den Rektifizierungsanstalten geregelt werden.

♀ **Produktionssteigerung im Dombrowaer Kohlenbecken.** Die polnische Regierung geht seit kurzem mit scharfen Mitteln gegen solche Unternehmer im Dombrowaer Kohlenrevier vor, die nicht alle Hebel in Bewegung setzen, um eine höhere Förderziffer zu erreichen. Sie werden in hohe Geldstrafen genommen, wenn sie nicht nach Kräften dazu beitragen, die Kohlenwirtschaft wieder in geordnete Bahnen zu bringen. Infolgedessen ist die Förderung (zumal mehrere Gruben ihre technischen Einrichtungen neuerdings vervollkommnet haben) bei den einzelnen Gruben im Durchschnitt um 3000 bis 5000 Tonnen wöchentlich gestiegen.

Verkehr.

✗ **Polen als Transitland für russische Auswanderer.** Aus Moskau wird gemeldet, daß die Sowjetregierung die Offerte des englisch-amerikanischen Konsortiums, bestehend aus den Schiffahrtsgesellschaften Cunard Line, Canadian Pacific, White- und Red Star-Line u. a. betreffend Einrichtung des Passagierdienstes aus Rußland nach Amerika abgelehnt und mit der Beförderung der russischen Auswanderer nach Amerika die russische Gesellschaft der Freiwilligen-Flotte betraut habe. Dagegen traf die Freiwillige Flotte ein Abkommen mit dem genannten Konsortium, zufolgedessen das letztere zur Einrichtung des Passagierdienstes in Rußland durch Vermittlung der Agenturen der Freiwilligen-Flotte zugelassen wird. Da nun die Vereinigten Staaten keine offizielle Vertretung in Sowjetrußland haben, komme — wie die „Gazeta Lwowska" erfährt — das amerikanische Konsulat in Warschau als jene in Betracht, welcher die Versorgung der Reisedokumente der russischen Auswanderer mit Einreisevisen obliegen wird. Der russische Emigrantenkontingent würde von dem amerikanischen Emigrationsamte mit 50 000 Personen festgesetzt. Gegenwärtig gehen die russischen Auswanderertransporte zumeist über Lettland.

Von den Märkten.

Metalle. In Kattowitz wurden folgende Preise in polnischer Mark loco Fabrik pro kg gezahlt. Stab- und Profileisen 3750, Bandeisen 4350, Universaleisen 5100, gek. Blech von 10 mm 4665, 9—10 mm 4750, 8—9 mm 4780, 7=8 mm 4840, 6—7 mm 4900, 5—6 mm 5280, 4—5 mm 6000, 3—4 mm 6335, Starkblech 8—40 mm 4400, 7—8 mm 4530, 6—7 mm 4620, 5—6 mm 4700, Dünnblech 3—5 mm 4800, 1—3 mm 5400, schwächer als 1 mm 5900.

In Berlin kostete elektr. Kupfer 55000, raff. Kupfer 99—99,3% 47 500—49 500, Orig. Hüttenweichblei 19 500—20 500, Rohzink 21 500 bis 22 500, Zinn 140—143 000, Reinnickel 98—99% 90—93 000, Antimon Regulus 18 500—19 500, Silber in Stäben ca. 900—3725 bis 3 750 000.

Die P. K. K. P. zahlte für Edelmetalle die Preise vom 4. 7. (vgl. „Pos. Tagebl." Nr. 147 v. 4. 7. 23).

Glockenguß. I.

Allmählich beginnen Kirchengemeinden, deren Glocken einst dem Kriege geopfert werden mußten, wieder sich Geläut zu beschaffen. Glockenklang gehört nun einmal zum kirchlichen Leben: er ist wie ein Gruß aus der Höhe; er ruft die einen zum Gotteshaus und läutet den anderen, die ihm nicht folgen können, doch ein Stück Sonntag ins Herz.

Aber er spricht seine eigene Sprache. Schiller hat sie gedeutet als einen Sang vom Menschenleben von der Wiege bis zum Grabe; aber sie spricht nicht nur von seinem äußeren Gang, sie weiß auch von seinem inneren Leben zu reden.

Da liegen Stücke von Kupfer und Zinn auf einem Haufen, roh und ungeformt, spröde und hart, brüchig und zerschlagen — und doch, aus ihnen soll die Glocke werden, die einen hellen Ton gibt zur Ehre des lebendigen Gottes. Unsere Kirche hat hin und her Glockengeläute, die aus alten Kanonenrohren gegossen sind — Metall, das einst Tod und Verderben gespien, steht nun im Dienst Gottes und seiner Gemeinde.

Ist das nicht eine wunderbare Tatsache? Siehe, was aus rohem harten Stoff werden kann: eine läutende Glocke von schönstem Wohlklang! Siehe, was aus einem armen sündigen Menschen werden kann: ein Gotteskind, das seinen himmlischen Vater lobt und preist! Es sieht's einer Glocke keiner an, was sie war, ehe das Glockengut zusammenschmolz, und doch hatte sie einmal eine Zeit, da sie nichts war, wie ein Haufen zerstückten Metalls. Ist's nicht so mit Menschenseelen? Was kann Gottes Gnade aus ihnen machen? Paulus blickt auf das Einst seines Lebens zurück: „Da ich war ein Lästerer und Verfolger — —" und dann: „aber mir ist Barmherzigkeit widerfahren!" Gott hat aus einem Saulus einen Paulus gemacht, aus einem, der ferne war von dem Herrn, einen Zeugen der Herrlichkeit Jesu Christi, — eine Glocke, deren Mund des Herrn Ehre verkündet!

Das kannst du werden, Seele: aus deiner armen Natur umgeformt durch Gottes Hand zur Zeugin der Gnade. — Paulus nennt das das Ziel unseres Werdens: „daß wir etwas werden zu Lobe Seines herrlichen Namens."

D. Blau-Posen.

Aus Stadt und Land.

Posen, 7. Juli.

Verspätete Ernte.

Heut schreiben wir bereits den 7. Juli. In Jahren mit normaler Witterung pflegte um diese Zeit der Roggen zum Mähen bereit zu sein. In diesem Jahre sind wir infolge der anderthalbmonatigen Nässeperiode, die uns beschieden war, die aber glücklicherweise, nach den letzten Sonnentagen zu urteilen, jetzt endgültig verabschiedet zu sein scheint, von der Roggenernte noch sehr weit entfernt. Der Roggen und die übrigen Körnerfrüchte stehen zwar auf sehr hohen, kräftigen, aber noch völlig grünen Halmen; das Goldgelb, das Zeichen der Reife, müssen die Sonnenstrahlen erst noch hervorzaubern, ehe die Sense des Schnitters in Tätigkeit treten darf. Hier und da findet man sogar auf den Getreidefeldern, deren Üppigkeit in die Augen leuchtet, noch blühende Roggenähren; deshalb läßt sich heut auch noch nichts über den vermutlichen Ausfall der Körnerernte voraussagen, da die Blüte teilweis durch die andauernden Regengüsse gestört wurde, teilweis aber auch durch Hagelschlag vernichtet worden ist. Im allgemeinen darf man in diesem Jahre mit einer Verschiebung der Roggenernte um drei Wochen rechnen. Das ist natürlich in der Zeit der allgemeinen Preissteigerung ein neues Moment für das weitere Anziehen des Roggenpreises und eine Verteuerung des Brotes. Wahrscheinlich wird aber mit der neuen Ernte auf ein Fallen der Lebensmittelpreise und damit auf stabilere Verhältnisse zu rechnen sein.

Die Regentage haben, wie von uns schon wiederholt betont wurde, die Klee-Ernte überall dort beeinträchtigt, teilweis sogar völlig vernichtet, wo man, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, mit dem Mähen des Grases noch während der Regenperiode begonnen hatte, weil man es als Viehfutter dringend gebrauchte. Überall dort, wo man die Heuernte hinausschieben konnte, dürfte sie, wie uns verschiedene maßgebliche Großgrundbesitzer und auch kleinere Landwirte versichern, ausgezeichnet ausfallen, vorausgesetzt, daß die Hitze weiter anhält und nicht etwa durch andauernde Regenfälle unterbrochen wird. Zum Verzweifeln ist die Lage auf dem Gebiete der Futterernte keineswegs.

Eine weitere Verspätung der Ernte hat das nasse Wetter auch in den Wäldern herbeigeführt, die sonst um diese Zeit ihren meist reichen Segen an Waldbeeren, Erd- und Blaubeeren, über die Städte auszuschütten beginnen und ihnen für die anderen dort fehlenden Lebensmittel einen willkommenen Ersatz liefern. Das ist nun auch in diesem Jahre anders. Die Beeren sind noch nicht reif und auch bei weitem nicht in solchen Mengen vorhanden, wie in normalen Jahren. Die gegenwärtig auf den Markt gebrachten Blau- und Erdbeeren entbehren außerdem infolge der mangelnden Sonnenstrahlen des Zuckergehalts, so daß unsere Hausfrauen sehr viel Zucker zur Schmackhaftmachung der Beeren zusetzen müssen, vorausgesetzt, daß sie über solchen verfügen. Daß es in der Beziehung bei uns überaus traurig aussieht, haben wir wiederholt betont; daß aber in einem so stark Zucker produziedenren Landesteil, wie es das ehemals preußische Teilgebiet ist, ein Zuckermangel eintreten konnte, gehört, wie so manche andere Erfahrung, zu den Unbegreiflichkeiten und Unverständlichkeiten der Gegenwart.

Endlich hat sich in diesem Jahre auch unsere Pilzernte bedeutend verspätet. Auf unseren Wochenmärkten tauchen die Pilze nur sehr spärlich und infolgedessen zu so stark gepfefferten Preisen auf, daß man dieses geschätzten Gewürzmittels zur Zubereitung der Mahlzeiten kaum noch bedarf. Eigentlich hätte der Regen das Pilzwachstum fördern müssen; wenn das diesmal nicht der Fall war, so ist die Tatsache daran schuld, daß mit dem Regen ununterbrochen Kälte verbunden war. hb.

Mieterprotestversammlungen.

Die vom polnischen Hausbesitzerverein angeregte Erhöhung der Mieten hat die Posener Mieterschaft auf den Plan gerufen, und es wurden dieser Tage in den verschiedenen Stadtteilen gut besuchte Mieterversammlungen abgehalten. Am gestrigen Freitag fand wieder eine solche im Czarneckischen Etablissement in der ul. Grunwaldzka (fr. Auguste Viktoriastr.) statt, die so gut besucht war, daß sie im Freien abgehalten werden mußte. Die Anwesenheit von Sejmabgeordneten bewirkte, daß die Aussprache in ein politisches Fahrwasser kam. Das Wohnungsproblem gehört ja zu denjenigen Fragen, bei denen Stand und Parteizugehörigkeit miteinander kollidieren.

Sehr wertvoll für die Mieterschaft war das Versprechen eines Abgeordneten der Christl. Demokratie, die Interessen der Mieter wahren zu wollen. Eine gleiche Erklärung, die aber mit mehr Vertrauen aufgenommen wurde, gab der Abgeordnete Ciszak von der Nationalen Arbeiterpartei ab. Dieser machte dann in seiner wohlabgewogenen Rede dem Vorstand des Mieterschutzverbandes zum Vorwurf, daß man in seiner Aktion konkrete Projekte vermisse. Auf parlamentarischem Boden steht die Sache der Mieter so, daß im Unterausschuß, nach seiner Zusamensetzung zu urteilen, die Forderungen der Mieter wohl durchdringen werden, während sich im Ausschuß und Sejm schwer eine Mehrheit finden werde. Demgegenüber wurde darauf hingewiesen, daß doch die Hausbesitzer im Vergleich zu den Mietern einen geringen Prozentsatz darstellen. Erst müsse man die Löhne und Gehälter in Goldwert auszahlen, dann könne auch von Goldwertmieten die Rede sein.

Die lange Aussprache, die verschiedene Vorwürfe, Angriffe und Vorschläge brachte, endete mit der Annahme einer Denkschrift.

Der geplante Umzug zum Wojewoden mußte wegen Verbots ausfallen.

Der Wetterumschlag. Die Straßenbahn hat auch „Sommer gemacht" — seit gestern verkehren die Sommerwagen. Unter der Ungunst der Witterung stöhnte alle Welt, und mit Recht. Die Menschen schleichen hin wie Schatten, unter dem Zwange der Verhältnisse verrichteten sie automatenhaft ihre Pflichten. Seit vier Tagen ist ein Umschwung zum besseren eingetreten: Die Sonne lacht wieder und erwärmt die Menschheit. Und man sollte es nicht glauben — dieselben Menschen, die noch bis vor wenigen Tagen über die Kühle und Nässe klagten, stöhnen jetzt: ach, die Hitze! Wie bei allem, trifft es auch hier wieder zu: „Wie man's macht, ist's falsch."

Warnung an Auswanderungslustige an Amerika. Wie das Auswandereramt mitteilt, überreden einige Agenten und Maklser die Auswanderer, die durch die Erschwerung der Einwanderung durch die amerikanische Regierung nicht nach den Vereinigten Staaten gelangen können, dazu, nach Kuba zu fahren, da von dort aus die Einreisegelegenheit nach den Vereinigten Staaten leichter sei. Um sie zum Kauf der Schiffskarte zu ermuntern, wird ihnen versprochen, daß sie während ihres Aufenthalts in Kuba selbst in den Zuckerplantagen lohnenden Erwerb finden könnten. Das Auswandereramt warnt davor, da Hunderte polnische Ansiedler auf Kuba in schlecklichster Not leben und den Wirkungen des für den Europäer überaus schädlichen Klimas ausgesetzt sind. Wer auf ungesetzlichem Wege nach Nordamerika gelangen will, wird von den amerikanischen Behörden zurückgeschickt, ohne Paß und ohne Geld zur Weiterreise. Denn bei einer gesetzlichen Einreise gelten dieselben Bestimmungen, wie für polnische Staatsbürger, die aus Polen kommen. Außerdem muß der Einwanderer sich ein ganzes Jahr in Kuba aufhalten, bevor er nach den Vereinigten Staaten fahren darf.

---

* **Konitz,** 6. Juli. Der neue Starost unseres Kreises, Popiel, früher Starost in Mewe, hat sein hiesiges Amt übernommen. — Von den aus Konitz ausgewiesenen Reichsdeutschen wurden, dem hiesigen „Tagebl." zufolge, die Herren Hintzelmann, Seehofer und Dannemann von den deutschen Behörden zurückgewiesen. Herr Born erhielt wegen Krankheit seier Ehefrau eine Verlängerung der Frist bis zum 31. Juli, den Herren Marx und Korsanke wurde die Frist ebenfalls um vier Wochen verlängert. Bei Herrn Mateblowski wurde die Ausweisung vorläufig ausgesetzt, Entscheidung erfolgt später. Neuerding ausgewiesen wurde Fleischer Hoffmann in der Danziger Straße.

* **Rawitsch,** 5. Juli. Infolge weiterer Erhöhung der Preise für Kohlen, Arbeitsleistungen usw. sind die Sätze für Gas, Strom und Wasser vom 1. Juni ab rückwirkend erhöht worden: für Gas auf 3600 Mk. für ein Kubikmeter, für Strom auf 4500 Mk. die Kilowattstunde, für Wasser auf 2500 Mk. das Kubikmeter.

* **Thorn,** 5. Juli. Schreiben an das hiesige Schulkuratorium (nicht an die Schulinspektoren) müssen nach einer soeben herausgekommenen Verordnung ab 1. September d. Js. in polnischer Sprache abgefaßt sein, auch wenn sie von deutschen Lehrern abgesandt werden. — Zum Syndikus der hiesigen Handelskammer wurde Herr Ciesliński ernannt, der bisher Referent in der Handels- und Industrieabteilung der Wojewodschaft war. — Brotpreiserhöhungen sind jetzt fast an der Tagesordnung. Vor kurzem noch war ein Vierpfundbrot für rund 5000 Mark erhältlich, es kletterte dann mit zwei Sätzen auf den Preis von 7200 Mark und hat jetzt endlich die Summe von 9000 Mark erreicht. — Der Streik im Baugewerbe dauert weiter. Infolge Zunehmens der Teuerung haben die Arbeitnehmer ihre ursprünglichen Forderungen noch weiter erhöht. Wie berichtet wird, erhalten die Streikenden aus unbekannten Quellen Unterstützungsgelder.

Das Wirtshaus am Scheidewege. Der namhafte polnische Dramaturg Tadeusz Konczyński hat es erlebt, daß sein Werk verfilmt wurde. Das polnische Filmunternehmen hat seine Aufgabe glänzend gelöst. Der Film wurde mit großem Erfolge während 3 Wochen in Warschau vorgeführt. Diesen Erfolg verdankt das Werk seiner dramatischen Wucht sowie der hervorragenden Heroine des Teatr Rozmaitości in Warschau, der schönsten polnischen Künstlerin Helene Zahorska, die ihre Hauptrolle der entgleisten Lehrerin mit bescheidener Einfachheit spielt; gleichen Anteil am Gelingen haben aber auch der Liebhaber des Teatr Polski in Warschau, Jerzy Leszczyński, sowie alle anderen auftretenden Künstler der Warschauer Theater. Die erste Vorstellung in Posen im **Teatr Pałacowy,** Plac Wolności 6, findet am Montag, dem 9. Juli, statt.

Die Posener Opernspielzeit 1922/23.

Anfang September des vorigen Jahres stellte sich der damals eben nach Posen berufene Direktor Stermich der Posener Presse vor. In einer Besprechung, zu der er die Vertreter der Presse einlud, hielt er eine Art Programmrede, in der er sehr sympathisch und bescheiden erklärte, er wolle angesichts der großen Schwierigkeiten, mit denen die hiesige Oper zu kämpfen hätte, nicht zu viel versprechen, der Verlauf der Spielzeit würde von seiner und seines Personals Leistungsfähigkeit Zeugnis ablegen.

Die Spielzeit erreicht jetzt ihr Ende. Jetzt darf geurteilt werden nicht nach Versprechungen, sondern nach Taten. Eine lange Reihe von Opernabenden liegt hinter dem, der von Berufs wegen oder aus Neigung häufiger Gast im Großen Theater war, — eine lange Reihe von Abenden, unter denen kaum einer als verlorener Abend bezeichnet werden dürfte. Schon bei Beginn der Spielzeit gewann man den Eindruck, daß im Großen Theater gründlich und sorgfältig und mit künstlerischer Gewissenhaftigkeit gearbeitet wurde und daß alles geschah, die vorhandenen Kräfte zu einem leistungsfähigen, harmonisch entwickelten Körper zu verschmelzen.

Diesen Körper bildeten — was zunächst die Solokräfte betrifft — zehn Damen und fünfzehn Herren. Unter den zehn Damen waren sechs Sopranistinnen und Mezzosopranistinnen, vier Altistinnen. In der Erinnerung der Stammbesucher der Oper werden besonders stark nachwirken die Halka, Marja, Elsa und Margarete der Cywińska, die Tatjana und die Recha der Jakubowska, die Lakmé und die Tosca der Zamorska, der Siebel (im „Faust"), das Gretel (in „Hänsel und Gretel") und das Blondchen (in „Entführung aus dem Serail") der Fontanówna, die Prinzessin Eudora (in der „Jüdin") der Marynowicz und ihre „verkaufte Braut", die Martha (in „Faust") und die Chloe (in „Pikdame") der Majchrzakówna, die Carmen, die Aida und die Ortrud der Szafrańska und der Lenczewska. In kleineren Rollen betätigten sich die Damen Brzeska und Koreniec mit Erfolg. Unter den singenden Herren sind an erster Stelle zu nennen der Tenor Woliński, der Baritonist Gorski und der Bassist Urbanowicz. Tüchtige Vertreter des Tenorfachs waren außerdem die Herren Bedlewicz, Malawski und (in kleineren Rollen) Klichowski. Für Baritonpartien standen außer dem schon genannten Herrn Gorski die Herren Karpacki, Płoński, Romejko und Warchalewski zur Verfügung, für Baßrollen außer Herrn Urbanowicz die Herren Tarnawski, Poptel und Zawrocki. Das Buffo- und Chargenfach vertraten die Herren Ostoja und Krawczyk. Der an erster Stelle Genannte, ein erster Tenorbuffo, zeigte in einer ganzen Reihe von Rollen seine Fähigkeit, scharf (manchmal vielleicht sogar übertrieben scharf) und lebendig zu charakterisieren. Die Spielleitung lag meist in den Händen der Herren Gorski und Tarnawski, die auch in dieser Eigenschaft Anerkennung und Dank verdienen.

Mit Hilfe dieses Darstellerpersonals, eines Chores, der manchmal recht Tüchtiges leistete, zuweilen aber auch berechtigte Wünsche offen ließ, und eines 56 Mann starken Orchesters, das unter der Führung der Herren Stermich, Wojciechowski und Bojanowski an manchen Abenden hervorragend schön spielte (die Ballett- und Operettenaufführungen leitete zum Teil Herr Kapellmeister Tyllia), wurden im Laufe der Spielzeit neunundzwanzig Werke aufgeführt, und zwar 27 Opern und 2 Operetten (die hier schamhaft „Komische Opern" genannt wurden).

Den weitaus größten Raum im Spielplan nahm die italienische Oper ein, die mit zehn Werken vertreten war. Es wurden fünf Opern von Verdi gegeben („Aida", „Rigoletto", „Maskenball", „Traviata", „Troubadour"), drei von Puccini („Madame Butterfly", „Tosca", „Bohème"), eins von Leoncavallo („Bajazzo") und eins von Mascagni („Cavalleria Rusticana").

Deutsche Opernkomponisten waren mit fünf Werken vertreten: zwei Wagner-Opern wurden aufgeführt („Walküre" und „Lohengrin" — warum nicht der „Fliegende Holländer", den das Große Theater in der vorigen Spielzeit gab und für dessen Aufführung alle Voraussetzungen vorhanden sind?), eine von Mozart („Die Entführung aus dem Serail"), eine von Humperdinck („Hänsel und Gretel"), eine von d'Albert („Tiefland"). Ihnen folgen vier französische Komponisten — oder fünf (wenn man Offenbach zu ihnen rechnen will), nämlich Gounod („Faust"), Bizet („Carmen"), Délibes („Lakmé"), Halévy („Jüdin"). Offenbach als Opernkomponist kam mit „Hoffmanns Erzählungen" zum Worte.

Vier polnische Opern wurden im Laufe der Spielzeit aufgeführt — Moniuszkos „Halka" und „Gespensterhof" („Straszny Dwór"), Żeleńskis „Konrad Wallenrod" und Opieńskis „Marja" —, zwei russische (Tschaikowskis „Eugen Onegin" und „Pikdame") und eine tschechische (Smetanas „Verkaufte Braut").

In den Dienst der heiteren und leichteren Muse stellte sich das Theater mit gut einstudierten und wohlgelungenen Aufführungen von Straußens „Fledermaus" und Offenbachs „Schöner Helena".

Als Gäste erschienen auf der Bühne des Großen Theaters hauptsächlich polnische Sänger und Sängerinnen, und zwar zum Teil solche, die im Auslande wirken (Belina-Skupiewski, Dębicka, Didur, Janowska, Lachowska, Majerski), zum Teil Damen und Herren aus Warschau, Krakau, Lemberg (Argasińska, Chyzanik, Gruszczyński, Kałuska, Lewicka, Prawdzic, Stelmowski, Wesołowski, Zboińska-Ruszkowska). Zwei russische Sänger gaben Gastrollen: der Tenorist Smirnow und der Baritonist Popow.

Der Direktion des Großen Theaters darf das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie auch in der Spielzeit 1922/23 bemüht war, das Posener Opernhaus wirklich zu einer Stätte der Kunst zu machen. th.

Unterhaltungsliteratur.

Vor der goldenen Pforte. Roman von Wilhelm Rubiner. 388 Seiten. Verlag von Ernst Keil's Nachf. (Aug. Scherl) G. m. b. H., Leipzig.

Es wird das Leben eines Mannes geschildert, der nach schweren Kriegserlebnissen aus Lebensgier und Willensschwäche zum Schieber und Schmuggler wird. Dieser „Held" ist eine jener unproblematischen Naturen, die hohe geistige Begabung mit gewissenlosem Leichtsinn verbinden. Wie dieser an sich nicht böse, aber haltlose Mensch ein Doppelleben als aufsteigender Stern im politischen Getriebe und als dunkle Existenz in berüchtigten Schieberkreisen führt und wie er, ein Liebling der Frauen, als Opfer seines beruflichen und erotischen Doppelspiels kurz vor seiner Ernennung zum Minister scheitert, wird unterhaltend und spannend dargestellt.

El Correl, Die Irrwege der Eveline von Spielmann. Roman. Verlag Ernst Keil's Nachf., Leipzig.

Das Buch ist eine Frucht des mehrjährigen Aufenthaltes der Verfasserin in der schweizerischen Bundesstadt. In Bern war es, wo sich während des Weltkrieges eine Menge fragwürdiger Individuen drängten und die Hotels und Kaffeehäuser bevölkerten, männliche und weibliche Spione, Propagandisten, Schieber, Kokotten, Hochstapler und andere Gäste der mit ihrem Asylrecht so freigebig umgehenden Schweiz. Sie lieferten den Stoff für diesen groß angelegten Spionageroman, in dessen Mittelpunkt eine junge und schöne Frau deutscher Herkunft steht. Als Gattin eines politisch anrüchigen Serben wird sie in den Dienst deutschfeindlicher Spionage gezwungen und hat in diesem Dienste, der zum Läuterungsprozeß für sie wird, schwere Herzens- und Seelenkämpfe zu erleiden. Zeitgeschichtliches und Einzelschicksal sind in diesem Roman nicht ohne Geschick in einander verwoben.

Otto Soyka. Eva Morsini. Roman. Drei Masken-Verlag. München 1923.

Ein Roman von dem unheimlichen Zauber einer schönen Frau und von dem unbegreiflichen Zwang, der eine ganze Reihe von Männern veranlaßt, sich, allen Vernunftgründen zum Trotz, in ihren Dienst zu stellen, die zum Tode Verurteilte dem Leben wiederzugewinnen und vor ihren Verfolgern zu retten. Jedesmal, wenn es scheint, als sollte die Verfolgung doch gelingen, ereignet sich etwas, was sie im letzten Augenblick verhindert, und fast alle Verfolger werden durch die Affäre Eva Morsini zu Fall gebracht. Ansätze zu einer neuen Spukromantik sind in diesem Roman vorhanden. Aber über diese Ansätze kommt es freilich nicht hinaus.

Der verrückte Schwerpunkt. Groteske Histörchen von Karl Hans Strobl. Alfred Wieser Verlag, München.

Mit Dolch und Regenschirm. Groteske Histörchen zweite Folge von Karl Hans Strobl. Alfred Wieser Verlag, München.

„Grotesk" sind diese Geschichten nicht alle. Aber sie sind zum Teil witzig erzählt und werden nicht allzu anspruchsvolle Leser angenehm unterhalten.

— **Veränderungen an Berliner Theatern in der kommenden Spielzeit.** In dem Prozeß der Direktion Meinhard und Bernauer gegen Direktor Haller hat nunmehr nach dem Kammergericht auch das Reichsgericht zugunsten der ersteren entschieden, Meinhard und Bernauer übernehmen also vom Herbst ab die Leitung des Theaters am Nollendorfplatz, so daß sie auch nach Verlust des Berliner Theaters an Direktor Saltenburg in der glücklicher Lage sein werden, über drei Theater das Zepter zu führen. Außerdem ist eine neue Erwerbung für sie der Mozart-Saal am Nollendorfplatz den sie als Filmtheater eröffnen werden. Überhaupt macht die Vertrustung der Berliner Theater immer weitere Fortschritte, so übernimmt Saltenburg zum Herbst 1924 noch das Deutsche Künstlertheater; zu dem gleichen Zeitpunkt werden die Gebrüder Rotter ihre Herrschaft im Lessing-Theater und im Theater des Westens antreten; bis dahin begnügten sie sich mit „nur" vier Theatern. Auch Direktor Haller wird nicht ohne Heim bleiben: er richtet im Admiralspalast ein Operettentheater ein.

Unterhaltungsbeilage des Posener Tageblattes.

Nicht, was lebendig, kraftvoll sich verkündigt,
Ist das gefährlich Furchtbare. Das ganz
Gemeine ist's, das ewig Gestrige,
Was immer war und immer wiederkehrt
Und morgen gilt, weils heute hat gegolten.
Denn aus Gemeinem ist der Mensch gemacht
Und die Gewohnheit nennt er seine Amme.

(Schiller, Wallensteins Tod I. 4.)

's ist Fluch der Zeit, daß Tolle Blinde führen.

(Shakespeare, König Lear.)

Die Wohnung.

Von Hasse-Zetterström.

Schwab will seine Wohnung loswerden. Er hat annonciert und die Reflektanten aufgefordert, zwischen 11 und 2 bei ihm anzuklingeln.

Das Telephon klingelt.

„Ist bei Ihnen eine Wohnung zu haben?"

„Ja."

„Wie viel Zimmer sind es?"

„Das steht ja in der Annonce."

Die Stimme flüstert jemand, der daneben steht, zu: „Sollte ich sonst noch was fragen?" Und dann in den Apparat:

„Sind auch Nebenräumlichkeiten vorhanden?"

„Jawohl, eine Garage, Stallung für drei Pferde und Wohnung für den Chauffeur."

„Ach was, scheren Sie sich zum Teufel mit Ihrer Dreizimmerwohnung!"

Zehn Minuten Pause. Neues Klingeln.

Heftige, eifrige Stimme:

„Ist die Wohnung schon vergeben?"

„Nein."

„So, danke sehr!" (Abläuten.)

Eine Stunde Pause. Erneutes Klingeln.

„Es handelt sich um die Wohnung. Ist auch ein Badezimmer dabei?"

„Jawohl!"

„Wie groß ist es?"

„Das weiß ich nicht. Ich habe den Kubikinhalt nicht gemessen."

„Ist außer der Badewanne noch ordentlich Platz drin?"

„Noch für sechs Badewannen, wenn Sie wollen."

„So groß ist die Bodenfläche?"

„Das nicht, aber wenn man die Wannen ineinanderstellt und an die Wand rückt, dann haben sie Platz. Man würde auch zwölf reinkriegen, wenn man sie in zwei Schichten ineinanderstellt."

„Sie sind wohl nicht recht gescheit?"

„Nein."

Fünfzehn Minuten Pause. Ältliche Damenstimme:

Ich möchte mich nach der Wohnung erkundigen. Wir haben eine Vorortvilla. Aber meinem Mann ist die Luft da zu stark. Wollen Sie nicht tauschen und unsere Villa nehmen?"

„Vorortluft ist mir zu dünn."

„Dann können Sie ja die Villa vermieten."

„Nein."

„Warum denn nicht?"

„Weil ich keinem Menschen so was Schlimmes antun würde."

Abläuten.

Zwanzig Minuten Pause.

Die heftige, eifrige Stimme.

„Ist die Wohnung schon vergeben?"

„Nein."

„So, danke sehr!" (Abläuten.)

Lange Pause. Energische Männerstimme:

„Es ist eine Wohnung annonciert worden."

„So?"

„Na, das müssen Sie doch wissen, da Sie sie selbst annonciert haben."

„Ich wußte ja nicht, daß Sie diese Wohnung meinten."

„Was kostet sie?"

„35 000, inklusive Fahrstuhl."

„Der Fahrstuhl gehört doch wohl zum Haus, den können Sie doch nicht mit berechnen."

„Nein, aber ich könnte ja jetzt bei der Wohnungsnot einer kleinen Familie mein Benutzungsrecht daran abtreten."

Kurzes Abläuten.

Die heftige, eifrige Stimme:

„Ist die Wohnung schon vergeben?"

„Nein."

„So, danke sehr!" (Abläuten.)

Drei Stunden Pause.

Männerstimme, ältere, pessimistisch:

„Liegt die Wohnung im Zentrum?"

„Jawohl!"

„Das habe ich mir gleich gedacht. Etwa in der Schloßstraße?"

„Jawohl!"

„Das habe ich vorher gewußt. Können Sie mir vielleicht sagen, warum alle Wohnungen, die ich haben will, im Zentrum und in der Schloßstraße liegen?"

„Nein, das kann ich nicht; aber ich kann Ihnen verraten, daß ich gerade deshalb die Wohnung loswerden will."

„Was kostet sie?"

„35 000, — ohne Schiebung durch Zwischenhändler billiger."

„Es ist keine Schiebung dabei. Es handelt sich um eine Heirat, und die ist keine Schiebung."

„Na, die kann auch Schiebung sein."

„Wie meinen Sie das?"

„Lesen Sie die Statistik von 1920 durch, dann werden Sie sehen, wie viele Scheidungen im letzten Jahre gewesen sind."

„Was hat denn die Statistik mit diesem Geschäft zu tun?"

„Die ist jedenfalls gut, falls Sie sich wieder scheiden lassen wollen." (Abläuten.)

Die heftige, eifrige Stimme:

„Ist die Wohnung schon vergeben?"

„Nein."

„So, danke sehr!

„Halt, warten Sie mal! Warum wollen Sie denn eigentlich so gern wissen, ob die Wohnung schon weg ist?"

„Ja, wissen Sie, ich habe nämlich selber eine Wohnung annonciert, und da möchte man doch hören, wie es anderen damit geht." — — —

Schwab ist seine Wohnung immer noch nicht los. Aber rufen Sie mal bei ihm an und sprechen Sie mit ihm, möglichst häufig, recht lange und leise. Die Wohnung ist übrigens ausgezeichnet. Ich habe oft und gut darin getrunken.

Die Dame mit dem Hund.

Von Karl Lütge.

Wie es heißt, ist augenblicklich in Berlin jeder Fünfte ein Hundebesitzer. Das merkt man auch an den Straßen anderer Städte . . .

Nichtsdestoweniger hat die Dame mit dem Hund mein Herz betört.

Nicht die Dame mit dem Hund gemeinhin — nein, die Dame mit dem Hund, die Dame, die ich jeden Montag und Donnerstag des Abends zwischen 8 und 9 Uhr in unserer Hauptstraße vor einem der zwölf Kinos sehe. Der Hund ist ein ganz gewöhnlicher Hund nach meinen Begriffen. Aber die Besitzerin des Hundes ist so zart, so duftig, so hübsch . . .

Genug — ich sehe sie jede Woche zweimal vor einem der Kinos. Nicht im Kino; denn den Platz, den sich die Holde leistet, vermag ich nicht zu erschwingen. Überhaupt gehe ich nie ins Kino und begnüge mich damit, aufmerksam all die bunten Reklametexte zu lesen und die rührend mannigfaltigen Photos zu besichtigen. Ich bin davon völlig befriedigt, und ein Besuch des Kinos macht sich nicht mehr nötig.

Da kam ich am letzten Montag und hielt schon von fern Ausschau nach der holden Schönen mit dem Hunde. Sie war nicht zu sehen, ich kam zu spät.

Doch da geschah etwas Entsetzliches, Unfaßliches!

Ein wüster Zank, ein unerhörter Lärm erscholl im Kassenvorraum des einen Kinos. Aber das kommt ja manchmal vor. Nur, daß es sich bei diesem Skandal um meine vergötterte junge Dame mit dem Hunde handelte. Das war das Empörende.

Ich eilte rasch hinzu.

Ha — wie verändert sah die Holde aus! Zerzaust, wild, eine todesmutige Amazone . . .

Wie man sie anschrie, welche Ausdrücke man ihr gegenüber gebrauchte! Ich glaubte unwillkürlich in den hintersten Hinterhof versetzt zu sein. Und bedenklich gestimmt, trat ich zurück. Es mußte Fürchterliches geschehen sein!

So sah ich von fern, wie die Hundebesitzerin mitsamt ihrem japsenden und heulenden Hundchen regelrecht an die frische Luft befördert wurde. Sie japste ebenfalls und wollte sich verteidigen, aber man ließ sie nicht zu Worte kommen.

Was war geschehen? Hatte sie nur das Hundchen verbotenerweise wieder eingeschmuggelt und war diesmal erwischt worden? Oder war Schlimmes in der Loge geschehen?

Schlimmes war in der Loge geschehen!

Ich stand stetig genügsam draußen vor dem Kino und begnügte mich mit den Bildern. Die Dame mit dem Hund aber eilte aufgeregt, ohne eine Karte zu lösen, in die Logen hinauf, erzählte fliegenden Atems, ihr Mann sitze in einer bestimmten Loge und habe die Marke des Hundchens in der Tasche. Die Polizei sei hinter ihr her, und sie wolle nur auf eine einzige Sekunde verschnaufen . . .

Ja — und da hatte man sie diesmal noch vor Beendigung der Vorstellung geschnappt und hinausgeworfen, da sich herausstellte, daß sie Geld zum Bezahlen der eingenommenen Loge nicht bei sich trug.

Sie tut mir sehr leid. Wie ich annehme, wird und kann sie sich nicht wie ich mit den Photos und den Reklametexten bescheiden. Und vermutlich wird es schwer sein, ein neues Mittel zu erfinden, zumal außer Hunden zum abendlichen Spazierenführen nur schwer etwas verborgt wird, das zu derlei Zwecken geeignet ist . . .

Die Tasse.

Von Franz Mahlke.

Sie steht auf einer schmutzigen Feldsoldatenmütze im Fenster des Trödlerladens, die alte vornehme Henkeltasse.

Da trauert auch eine schwarzgeränderte Brille, die ihre Großmutter verloren hat. Und eine arme Blechflöte hält Umschau nach einem Buben, daß er mit einer fröhlichen Melodie ihr wieder das Herz erwärme.

Alle Dinge im Fenster des Trödlerladens stöhnen die gleiche Klage. Ihre Vergangenheit ist ein Märchen geworden.

Aber am meisten schämt sich die Henkeltasse mit dem goldenen Fuß. Zur Schau gestellt, feilgeboten! Das tut ihr so weh. Doch eines tröstet sie: daß sie vorbeistampfen, die stumpfen Massen der Armeleutestraße. Was wissen die von der Tieftraurigkeit einer goldenen Henkeltasse im Trödlerladen?

Aber wenn es dämmrig wird, humpelt heimlich, schattenhaft um die Ecke eine liebe, greise Frau. Sie bleibt am Fenster des Trödlerladens stehen, und die blinde Scheibe wird ihr ein seltsamer Spiegel.

All die dunklen Dinge in der Nachbarschaft ihrer trauernden Tasse versinken, und die alten Augen gehen streichend über sie hin. Da blühen die Märchen vergangener ferner Jahre auf im dunklen Grunde des Trödellagers, die kostbare Vitrine wandelt heran, und die liebe Kaminuhr meint sie singen zu hören — —

Die Straßenlaterne schlägt ihr flackerndes Auge auf, und alle Wunder versinken: die alte Vitrine, die singende Uhr. Auf der schmutzigen Soldatenmütze gleißt die goldene alte Tasse, und schattenhaft um die Ecke humpelt tieftraurig eine vergessene Greisin.

Aber wenn es dämmrig wird, allabends besucht sie ihre feilgebotene Fußtasse. Da begegnet sie dem Märchen ihres langen Lebens, das anhebt, wie alle Märchen: Es war einmal . . .

Wenn aber ihre letzte goldene Henkeltasse eines Abends nicht mehr da sein wird, das wird der arm gewordenen Greisin am wehesten tun.

Die Binnenbriefe.

Von Max Prels.

Die jungen Lehrer stellten einmütig fest, daß die Räume ihres Freundes Valentin Schneevogt mit einem ganz persönlichen Geschmack und mit jenem unaufdringlichen Reichtum eingerichtet waren, den nur die schöpferische Laune eines sehr kultivierten Menschen so delikat zu verteilen weiß. An der Schwelle des schwarzen Zimmers, das wie eine dunkle, von bizarren Gruftlichtern überfunkelte Kuppel hinter ihnen lag, sogen sie zögernd an ihren Zigaretten und fanden Zeit, an jene Tage zurückzudenken, da Valentin Schneevogt noch in einer bösen Gegend der Stadt ein dumpfes, turmhoch gelegenes Stübchen bewohnte, dem dicke Mauern den Morgengruß boten und qualmende Schlote den Abendsegen sagten. Man mußte es Valentin lassen: jetzt, nachdem diese enge, drückende, von Ängsten, Sorgen und Hasten zerpflückte Zeit hinter ihm lag, stand er völlig unverbraucht, jung und froh da und hatte jede Falte, die des Lebens Not in seine Stirn geackert, mit Lebensfreudigkeit und Lebenskunst glattgestrichen. Aber es war eine bitterböse Zeit gewesen; Teufel noch mal! Schulden, Mahnungen, Gerichtsvollzieher, die mit leeren Händen abzogen . . . nun, in diese wohlgestimmte Gegenwart hatte sich kein Schatten, auch nicht das leiseste Echo des trüben Einst verirrt.

„Sieh mal, Valentin," sagte der gutmütige Paul Kardorff, „das gefällt mir an Dir, daß Du so viel Gleichgewicht bewahrt hast; all diese schönen Räume atmen Geschmack, Persönlichkeit, manchmal kommt ja Deine Verstiegenheit zum Ausdruck, so im schwarzen Zimmer . . . na, kurz und gut, die Vergangenheit ist tot, die soll vergraben und vergessen sein! Hast lange genug gedarbt, bis Du's so weit gebracht."

Valentin Schneevogt lächelte ein leises, schiefes Lachen:

„Ihr irrt, liebe Freunde, wenn Ihr glaubt, die Vergangenheit sei so ganz ausgetilgt, wie Ihr meint; ich habe ihr sogar eine hübsche, kleine Stube, so eine Art Erinnerungsmuseum geweiht. Na . . . weil Ihr nun gerade alle beisammen seid, will ich Euch das Zimmer der Binnenbriefe zeigen. Sachte, sachte . . . Ihr werdet gleich begreifen."

Und er führte die Freunde in ein kleines, recht seltsames Zimmer. Es barg nicht ein einziges Möbelstück. Aber Decken und Wände waren bedeckt mit Briefen. Wie ein eingefrorenes Geschrei und Gezwitscher hingen hier Hunderte von geschriebenen Zahlen festgenagelt. Eilige, fordernde Buchstaben, bedächtige Schriftzüge; beschwörende Schnörkel, aufgeregte Namensunterschriften, verwischte Daten, und mitten durch immer wieder groß und grob deutlich gemalte Ziffern; Zahlen von zehn bis hundert, ein ganzer aus Tinte und Maschinenfarbe gewobener Reigen gespenstischer Zahlen; von der Decke herunter grinste eine böse, aufgeblähte Hundert, an der Fensterwand duckte sich eine kreisende Zehn im Schatten, und im Licht der elektrischen Birne verschaffte sich eine selbstbewußte Fünfzig Geltung. Aus all den leichenhaften Papieren, die plötzlich zum Leben erwacht schienen, wisperte das Wort: „Zinsen . . .", leuchteten die Silben: „binnen . . ." und „widrigenfalls". Die Freunde standen verständnislos dem seltsamen Zimmerschmuck gegenüber und lasen die ungereimten und doch irgendwie innig zusammenhängenden Worte.

„Darf ich Euch vorstellen," lächelte Valentin Schneevogt, „das Zimmer der Binnenbriefe? Sie stammen alle von damals; und sie enthalten insgesamt die Wendung: „Wenn Sie nicht binnen drei oder zehn Tagen Ihre Schuld begleichen . . .", na, dann tritt eben etwas Fürchterliches ein. Ich habe sie alle gesammelt und mit Bindfaden verschnürt. Unter dem Titel „Binnenbriefe" feiern sie hier als Mahnung der Vergangenheit Auferstehung, die Briefe, die mir binnen drei Tagen Tod und Hölle ankündigten und jetzt im Zimmer der Binnenbriefe vereint sind. Übrigens . . . es hat keiner meiner werten Gläubiger Ernst gemacht, sie haben sich alle weit über das „binnen" hinaus getröstet. Nur eine — — — eine Gläubigerin, nahm die Frist genau — — — Ihr seht dort den violetten Brief . . . nein, dort, bitte, neben der Lampe links . . . diese Gläubigerin mahnte kein Geld, die mahnte mich selbst ein. Ihr habt sie genau gekannt, Lucie, die Freundin meiner verrückten Vergangenheit . . .

Er hob die Lampe, die an dem Leitungsdraht niederbaumelte, und die Freunde lasen: „Wenn Du binnen vierundzwanzig Stunden nicht bei mir bist, dann wirst Du mich nie mehr wiedersehen. Ewig Dein. Lucie." „Und sie hat Wort gehalten?" fragte mit bebender Stimme der weiche Paul Kardorff. „Sie hat — — Wort gehalten," bekräftigte Valentin feierlich. „Sie hat sich — — —?" „Sie hat sich mit Kurt Scheffler binnen vierundzwanzig Stunden getröstet, und so hatte ich den Kopf frei und konnte arbeiten. Na, dann ging's eben aufwärts. Und das ist die Geschichte vom Zimmer der Binnenbriefe."

Die Freunde waren ganz seiner Meinung. Paul Kardorff schrieb auf einen Zettel die Worte: „Lieber Valentin, bitte, pumpe mir eine Million Mark. Du bekommst sie binnen vierzehn Tagen bestimmt zurück." Valentin Schneevogt lächelte und klebte den Brief zu den anderen unerfüllten Binnenbriefen.

Vom Aetna.

Wir finden im Mailänder „Corriere della Sera" eine anschauliche, zusammenhängende Darstellung über die Verwüstungen, die der jüngste Ausbruch des Ätna angerichtet hat. Der Sonderberichterstatter des Mailänder Blattes, der in dem Zerstörungsgebiet weilt, hat dort mit dem Professor Maledra, dem Direktor des Observatoriums auf dem Vesuv, eine Unterredung gehabt; Professor Maledra hält sich im Ätnagebiet auf, um Beobachtungen zu machen. Nach seiner Ansicht ist der Ausbruch des Vulkans nach der Ausschüttung großer Lavamassen jetzt in die zweite Phase eingetreten, in der die vulkanische Bewegung langsam abebbt. Trotzdem ist auch jetzt noch Vorsicht geboten, da die Launen des Vulkans unberechenbar sind. Im Jahre 1892 zog sich der Ausbruch des Aetna über sechs Monate hin und ging nach kurzen Erschöpfungspausen zuweilen wieder zur stärksten Tätigkeit über. Im Jahre 1908 beschränkte sich der Ausbruch auf zwölf knappe Stunden. Im Jahre 1910 hielt er wieder 26 Tage an und im Jahre 1911 9 Tage. Man darf deshalb, so lange die Tätigkeit des Vesuvs nicht sichtbar abgeschlossen ist, keine gebotene Vorsichtsmaßregel aus dem Auge lassen.

Der Ätna läßt bei seinem diesmaligen Ausbruch die glühende Lava durch 20 Schlünde ausströmen. Im Jahre 1911 traten über 100 Schlünde in Tätigkeit. Die Zahl der Auswurfskanäle ist aber nicht entscheidend, sondern die Menge der Lava, die insgesamt ausgeworfen wird. Um die Auswurfstätigkeit zu beobachten, hat man diesmal Seeflugzeuge in Tätigkeit gesetzt. Man hofft dadurch einen ständigen Überblick über die Vorgänge in den Kratéröffnungen zu erhalten. Am 21. Juni trafen zwei Seeflugzeuge in Catania ein und stiegen sofort auf, um über dem Vulkan zu kreisen. Sie hatten außer anderem Beobachtungsmaterial auch photographische Apparate an Bord. Bis jetzt sind diese Beobachtungsversuche aber so gut wie gescheitert. Die Flieger waren nicht imstande, längere Zeit über dem Vulkan zu kreisen, da die giftigen Gase, die aus dem Ätna ausströmten, ihnen in einer beträchtlichen Höhe über dem Vulkan den Aufenthalt unmöglich machten. Die Flieger mußten deshalb unverrichteter Sache wieder nach Catania zurückkehren.

Das Zerstörungsgebiet, das durch den Lavastrom getroffen ist, umfaßt im ganzen 2½ Geviertmeilen. Drei Viertel dieses Gebietes sind mit Weinbergen bepflanzt, das letzte Viertel mit Nußbäumen. Es sind Millionen von Weinstöcken zerstört worden, von denen jeder im Durchschnitt drei Liter Most gibt. Die Zahl der zerstörten Nußbäume beläuft sich auf Hunderte von Millionen. Der Ertrag der Nußbaumkultur war in den letzten Jahren sehr erheblich, da die Ausfuhr der italienischen Nüsse immer mehr zugenommen hat und die Nußbaumpflanzer für ihre Ernte stets sehr lohnenden Absatz fanden. In der Zerstörung dieser Wein- und Nußbaumpflanzungen liegt der hauptsächlichste Schaden. Er tritt aber gefühlsmäßig vorläufig etwas hinter den Eindruck zurück, den die Zerstörung einer groeßn Anzahl von menschlichen Wohnungen gemacht hat. Der wirtschaftliche Schaden ist deswegen besonders fühlbar, weil die Weinberge und die Nußbaumpflanzungen nicht im Besitz von Großgrundbesitzern gewesen sind, sondern kleinen Landbauern gehörten, die meist als frühere Auswanderer den Gewinn ihrer Arbeit in Amerika oder im sonstigen Auslande in dem Ankauf von kleinen Gütern angelegt haben. Alle diese Kleinbauern haben ihren gesamten Kulturbesitz verloren.

Abgesehen von den verschiedenen Einzelhäusern sind die Dörfer Cerro und Catana, wie auch das Stationsgebäude von Castiglione vollständig unter den Trümmern begraben worden. Das umliegende Gebiet, das auch heute noch in Gefahr steht, ist so gut wie vollständig geräumt worden. Man hat dort nicht nur alles Wohngerät entfernt, sondern auch bewegliche Einzelteile der Häuser, wie Fenster, Treppenstufen, Dachziegel usw. Die Räumung des zerstörten und bedrohten Gebietes hat sich im großen und ganzen in ordnungsmäßigen Formen vollzogen. Die Polizei war rasch zur Stelle und hat durch einige Revolverschüsse alle Plünderungsversuche im Keime ersticken können. Ein Teil der Bewohner der geräumten Ortschaften hat ein ganz gutes Geschäft gemacht, da die große Schar von auswärtigen Zuschauern, die von dem Vulkanausbruch angezogen wurden, wahllos alles kaufte, was man anbot.

Lustige Ecke.

Die verkannte Hebamme. Eine lustige Geschichte aus dem besetzten Gebiet weiß der „Rheinische Beobachter" zu erzählen: Als jüngst in Godesberg der Belagerungszustand verhängt worden war, wurde auch jeglicher Straßenverkehr bei Dunkelheit untersagt. Nur Geistlichen, Ärzten und Hebammen war das Betreten der Straße bei Nacht erlaubt. Marokkaner hielten zur Sicherheit Frankreichs treue Wacht und achteten scharf auf die Instruktionen. Etwas schwankenden Schrittes kam ein später Wanderer aus der Richtung von Pittersdorf, wo um diese Zeit frische Maibowle das Labsal der Bedrückten ist. „. . . Halt!", schrie der Posten. „Paß! Du Arzt, Pastor, . . ebamme?" „Ebamme," war die etwas beklommene Antwort. Der Posten nickte befriedigt und gab dem humorvollen Zecher den Weg frei.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal (z. Zt. beurlaubt)
Verantwortlich: für Politik: Dr. Martin Meister; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil: Robert Styra; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.